



KANTON
APPENZELL INNERRHODEN

PERSPEKTIVEN 2018-2021



Erlassen durch die Ständekommission
am 2. Oktober 2017

Vorwort

Bereits zum fünften Mal erscheinen die Perspektiven der Ständekommission in Form eines vierjährigen Ausblicks auf die geplanten Projekte und Massnahmen des Kantons. Die Ständekommission blickt dabei nicht im Sinne einer Legislaturplanung oder eines Regierungsprogramms nur auf bereits aufgegleiste und zumindest vorentschiedene Vorhaben. Der Fächer wird bewusst etwas ausgeweitet, und es werden auch Projektideen berücksichtigt, die in ihrer Konkretisierung und Entwicklung noch nicht weit fortgeschritten sind. Andere in den Perspektiven behandelte Vorhaben sind demgegenüber bereits reif für eine Entscheidung oder sind sogar bereits entschieden, sodass es nun noch um die konkrete Umsetzung geht. Der Stand der Vorhaben ist unterschiedlich. Sie sind überdies für den Kanton und die Bevölkerung von unterschiedlicher Bedeutung. Aber gerade der Umstand, dass die Perspektiven Vorhaben von unterschiedlicher Bedeutung und unterschiedlichem Ausarbeitungsstand enthalten, dass also einmal für einen bestimmten Schwerpunkt die ganze Palette an Vorhaben und politischen Ideen zusammengefasst vorliegen, macht den eigentlichen Sinn und letztlich den Reiz der Perspektiven aus. Aus allen Massnahmen zusammen soll sich ein breites Bild dessen ergeben, was in den nächsten vier Jahren in der politischen Arbeit im Vordergrund steht.

Ob sich in den nächsten vier Jahren tatsächlich alle in den Perspektiven festgehaltenen Massnahmen umsetzen lassen, ist ein Stück weit offen. Diese Offenheit hängt nicht nur damit zusammen, dass die Realisierung von politischen Entscheiden abhängt und daher heute nicht abschliessend über sie befunden werden kann. Auch weitere Abklärungen in einer Sache können zu einer Änderung der Vorhaben führen. Und schliesslich können auch äussere Umstände und Entwicklungen zu Änderungen in der Planung zwingen. Trotz dieser teilweisen Unwägbarkeiten ist es zweifellos richtig, sich Ziele zu setzen und sich vorzunehmen, die gesetzten Ziele zu erreichen. Die Perspektiven bilden dafür einen wichtigen Wegweiser.

Zu den Perspektiven gehört aber auch der Blick auf die ablaufenden vier Jahre. Es soll in aller Kürze Rechenschaft abgelegt werden über die Zielerreichung. Und dort, wo Ziele nicht erreicht wurden, soll kurz ausgeführt werden, warum dies so ist, und wie in der Sache in den nächsten Jahren weitergegangen wird. Dieser Rückblick auf die Zielerreichung wird neu nicht mehr im Hauptteil und bei jedem Departement vorgenommen, sondern im Anhang. Die Ziele wurden aus den Perspektiven 2014-2017 genommen.

Im Vergleich mit den Perspektiven für die Jahre 2014-2017 haben sich aber noch weitere formale Änderungen ergeben. Es wurde versucht, die Perspektiven mehr auf die Leitziele zu konzentrieren. Vorhaben und Projekte der Departemente, die ein Leitziel unterstützen, werden dort integriert. Nur noch solche Vorhaben, die nicht unmittelbar mit einem Leitziel zusammenhängen, werden im Departementsteil separat aufgeführt. Auf Ämterziele wird verzichtet. Wichtige Einzelvorhaben werden bei den Departementszielen genannt.

Insgesamt ergibt sich so eine grössere Konzentration auf wenige Schwerpunktthemen, die in den nächsten Jahren im Vordergrund stehen. Dies bedeutet indessen nicht, dass andere Themen und Sachbereiche nicht oder mit weniger Entschlossenheit bearbeitet würden oder die bisherige Dienstleistung zugunsten der Kundschaft weniger freundlich und kompetent erbracht würde. Die grosse Aufgabe der Fortführung des bisherigen Dienstleistungsgedankens zugunsten der Bevölkerung soll im Gegenteil unvermindert verfolgt und wo nötig auch ausgebaut werden. Dies ist für uns aber eine Selbstverständlichkeit, sodass der Gedanke in den Perspektiven nicht ausdrücklich genannt werden muss.

Wir hoffen, mit den Perspektiven 2018-2021 einen substantiellen Beitrag zu einer fruchtbaren und zukunftsgerichteten Diskussion über den Kanton, seine Chancen und Aussichten zu leisten, und wünschen eine spannende Lektüre.

Appenzell, 2. Oktober 2017

Namens Landammann und Standeskommission

Der reg. Landammann:

Der Ratschreiber:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Fässler'.

Daniel Fässler

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Dörig'.

Markus Dörig

Überblick

Die Perspektiven 2018-2021 sind wie folgt gegliedert:

I. Teil: Leitziele

In einem ersten Teil werden die Leitziele des Kantons für die nächsten vier Jahre beschrieben. Es handelt sich um die folgenden drei Ziele:

- Moderates Wachstum unter Wahrung der heutigen hohen Lebensqualität
- Bereitstellung zeitgemässer Infrastruktur unter Wahrung der finanziellen Stabilität
- Gewährleistung der örtlichen Kernversorgung in zentralen Bereichen

Die Darstellung der Ziele folgt stets derselben Struktur:

Zunächst wird das Kernanliegen dargestellt, häufig nur mit Stichworten. Danach folgt eine Umschreibung der Herausforderung, die es anzugehen gilt. Zum Schluss werden jeweils die einzelnen Massnahmen aufgezählt.

II. Teil: Departementsziele

Im zweiten Teil werden die Departementsziele beschrieben.

Die Struktur in der Darstellung der Ziele entspricht jener der Leitziele.

III. Anhang: Zielerreichung Perspektiven 2014-2017

Im Anhang wird über die Zielerreichung hinsichtlich der ablaufenden Perspektivenperiode berichtet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	I
Überblick	III
I. Leitziele	1
1 Moderates Wachstum unter Wahrung der heutigen hohen Lebensqualität	1
2 Bereitstellung zeitgemässer Infrastruktur unter Wahrung der finanziellen Stabilität	3
3 Gewährleistung der örtlichen Kernversorgung in zentralen Bereichen.....	5
II. Departementsziele	9
Einleitung.....	9
Landammannamt.....	9
1. Elektronische Dienstleistungen	9
2. Elektronische Schriftgutverwaltung und Archivierung.....	9
Bau- und Umweltdepartement	11
1. Gesamtverkehrsplanung.....	11
2. Zustandserfassung der Verwaltungsgebäude	11
Erziehungsdepartement.....	13
1. Qualitätskonzept für das Gymnasium	13
2. Begleitung der Internatsschliessung	13
Finanzdepartement.....	14
1. Finanzreporting.....	14
2. Steigerung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber	14
3. Datensicherheit.....	15
Gesundheits- und Sozialdepartement	16
1. Gesundheitsförderung	16
2. Seniorenwohngemeinschaft im Haus Homanner aufbauen und etablieren	16
3. Massnahmen zur Sicherung des Hausärztenachwuchses prüfen	16
4. Unterbringungskapazitäten im Asyl- und Flüchtlingswesen.....	17
Justiz-, Polizei- und Militärdepartement.....	18
1. Einsatz- und Notrufzentrale	18
2. Personalbestand Kantonspolizei.....	18
3. Eingliederung Eichamt ins Strassenverkehrsamt	19
4. Strukturen Bevölkerungsschutz	19
5. Revision Justizaufsicht	20
Land- und Forstwirtschaftsdepartement.....	21
1. Förderung des Einsatzes einheimischen Holzes.....	21
2. Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte.....	21
3. Förderung der Weiterentwicklung von Landwirtschaftsbetrieben	22
4. Förderung eines gut durchmischten Waldbestands	22
Volkswirtschaftsdepartement	23
1. Verbesserung der Grundlagen der Tourismusförderung	23
2. Aufbau Arbeitszonenmanagement.....	23

III. Anhang: Zielerreichung Perspektiven 2014-2017	25
Standeskommission.....	25
Landammannamt.....	30
Bau- und Umweltdepartement	31
Erziehungsdepartement.....	33
Finanzdepartement.....	36
Gesundheits- und Sozialdepartement.....	37
Justiz-, Polizei- und Militärdepartement.....	38
Land- und Forstwirtschaftsdepartement.....	39
Volkswirtschaftsdepartement	41
1 Moderates Wachstum unter Wahrung der heutigen hohen Lebensqualität	1
2 Bereitstellung zeitgemässer Infrastruktur unter Wahrung der finanziellen Stabilität	3
3 Gewährleistung der örtlichen Kernversorgung in zentralen Bereichen	5
Einleitung.....	9
Landammannamt.....	9
1. Elektronische Dienstleistungen	9
2. Elektronische Schriftgutverwaltung und Archivierung	9
Bau- und Umweltdepartement.....	11
1. Grundlagen für Gesamtverkehrsplanung erstellen	11
2. Zustandserfassung der Verwaltungsgebäude.....	11
Erziehungsdepartement.....	13
1. Qualitätskonzept für das Gymnasium.....	13
2. Begleitung der Internatsschliessung.....	13
Finanzdepartement	14
1. Finanzreporting	14
2. Steigerung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber	14
3. Datensicherheit	15
Gesundheits- und Sozialdepartement	16
1. Gesundheitsförderung.....	16
2. Seniorenwohngemeinschaft aufbauen und etablieren	16
3. Hausärztenachwuchs	16
4. Rechtsgrundlagen für den Behindertenbereich.....	17
5. Unterbringungskapazitäten im Asyl- und Flüchtlingswesen	17
Justiz-, Polizei- und Militärdepartement	18
1. Einsatz- und Notrufzentrale	18
2. Personalbestand Kantonspolizei	18

3. Eingliederung Eichamt ins Strassenverkehrsamt.....	19
4. Strukturen Bevölkerungsschutz.....	19
5. Revision Justizaufsicht.....	20
Land- und Forstwirtschaftsdepartement	21
1. Förderung des Einsatzes einheimischen Holzes	21
2. Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte	21
3. Förderung der Weiterentwicklung von Landwirtschaftsbetrieben	22
4. Förderung eines gut durchmischten Waldbestands	22
Volkswirtschaftsdepartement.....	23
1. Verbesserung der Grundlagen der Tourismusförderung.....	23
2. Aufbau Arbeitszonenmanagement	23
Standeskommission	25
Landammannamt.....	30
Bau- und Umweltdepartement.....	31
Erziehungsdepartement.....	33
Finanzdepartement	36
Gesundheits- und Sozialdepartement	37
Justiz-, Polizei- und Militärdepartement	38
Land- und Forstwirtschaftsdepartement	39
Volkswirtschaftsdepartement.....	41

I. Leitziele

1 Moderates Wachstum unter Wahrung der heutigen hohen Lebensqualität

Kernanliegen

- Wachstum bei Beschäftigtenanzahl
- Wachstum bei Wohnbevölkerung
- Gesunde bauliche Entwicklung
- Pflege der Ressourcen und Wahrung des natürlichen Lebensraums

Herausforderungen

Der Kanton kann sich nur dann weiterhin positiv entwickeln, wenn die Beschäftigtenzahl, die Wirtschaft im Kanton und letztlich die Wohnbevölkerung wie bis anhin sukzessive wachsen.

Bei der Wohnbevölkerung ist der Kanton in den letzten zehn Jahren um 4.3% gewachsen. Verglichen mit anderen ländlichen Gebieten steht der Kanton Appenzell I.Rh. mit dieser Entwicklung relativ gut da. In agglomerationsfernen Gebieten wird es aber allgemein zunehmend schwerer, eine gesunde Entwicklung der Bevölkerungszahlen zu erreichen. Es muss daher auch in den nächsten Jahren ein Ziel sein, bei der Bevölkerungszahl ein moderates Wachstum zu erhalten.

Ohne ein angemessenes Bevölkerungswachstum drohen schon in absehbarer Zeit gravierende Auswirkungen. So müssten beispielsweise bei einem Unterschreiten der Prognosen für das Bevölkerungswachstum bereits ausgeschiedene Bauzonen teilweise wieder ausgezont werden. Mit dem heutigen Schülerbestand am Gymnasium, der einen Betrieb mit zwei Parallelklassen pro Jahrgang zulässt, kann eine qualitativ gute Schule geführt werden. Würden die Bestände aber sinken, ergäben sich grosse betriebliche Schwierigkeiten.

Ein gewisses Wachstum der jungen und werktätigen Bevölkerung ist zentral, weil die Lebenserwartung und damit die Zahl der älteren Bewohner und Bewohnerinnen ständig zunehmen, während der prozentuale Anteil der Jungen an der Bevölkerung abnimmt. Ein Schlüsselfaktor in dieser Hinsicht wird der Bestand guter Arbeitsmöglichkeiten sein. Im Ausbau des Angebots an Arbeitsplätzen im Kanton ist deshalb unvermindert fortzufahren. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass Gewerbe- und Industrieland erhältlich ist sowie entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Im Bildungsbereich ist auf eine gute Nutzung des Bildungspotenzials zu achten, insbesondere des Fachkräftepotenzials.

Für ein qualitatives Wachstum sind Anstrengungen in allen Lebensbereichen nötig. Die Attraktivität des Kantons als Wohn-, Arbeits- und Lebensraum ist gezielt zu stärken. Es sind weitere Verbesserungen im Wohnbereich nötig. Vor allem für junge Familien ist erschwinglicher Wohnraum im Kanton notwendig. Für das Gewerbe und die Wirtschaft sind gute Rahmenbedingungen zu wahren und punktuell zu stärken.

Zudem sind mögliche negative Auswirkungen des Wachstums aktiv anzugehen. Insbesondere sind mögliche Konfliktpotenziale zwischen Wachstum und Lebensqualität frühzeitig auszumachen und Lösungswege aufzuzeigen. So ist beispielsweise bewusst darauf hinzuwirken, dass die hiesige Baukultur trotz rasanter technischer Entwicklung gewahrt bleibt. Ferner

ist mit dem nach wie vor wachsenden Bereich des Tourismus so umzugehen, dass die Wertschöpfung steigen kann und gleichzeitig die Verträglichkeit mit dem Alltagsleben der einheimischen Bevölkerung gewahrt bleibt. Schliesslich ist negativen Folgen des Verkehrswachstums mit geeigneten Vorkehrungen zu begegnen. Es sind Massnahmen zu prüfen, um negative Entwicklungen des Wachstums möglichst zu vermeiden oder aufzufangen. Dabei sollen die Lebens- und Produktionsgrundlagen der Land- und Forstwirtschaft möglichst weitgehend erhalten bleiben, und die naturbelassenen Landschaften im Kanton sollen weiterhin als Erholungsräume der Bevölkerung und der Gäste sowie als Lebensraum für eine vielfältige Flora und Fauna dienen können.

Eine attraktive Landschaft ist ein wichtiger Standortfaktor für den Kanton als Wohnort, Tourismusdestination und Wirtschaftsstandort. Es soll daher ein Landschaftsentwicklungskonzept erarbeitet werden, das helfen soll, die Nutzung und Aufwertung der Landschaft mit den verschiedenen Interessen abzustimmen und zu optimieren. Das Konzept soll als Massnahme in die Programmvereinbarung mit dem Bund aufgenommen werden.

Eine entscheidende Scharnierfunktion zwischen Wachstum und Lebensqualität wird die bauliche Entwicklung einnehmen. Diese wird sich zunehmend auf das bestehende Baugebiet konzentrieren, wo eine Verdichtung notwendig ist. Für diese Entwicklungen sind die notwendigen Leitplanken vorzusehen.

Massnahmen

- Gewerbe- und Industrieland und -räume zur Verfügung stellen
- Umsetzung Richtplan Teil Siedlung, insbesondere Stärkung der Siedlungsentwicklung gegen innen
- Erarbeitung Grundlagen für Gesamtverkehrskonzept
- Weiterbearbeitung der Baukulturfrage
- Umsetzung der Energiestrategie 2050: Anpassung der Energiegesetzgebung des Kantons und des kantonalen Energieförderprogramms
- Förderung der Verarbeitung regionaler Rohstoffe
- Waldentwicklungsplan erstellen und Waldnutzungen klären
- Umsetzung des Konzepts Wald-Hirsch
- Landschaftskonzept erstellen
- Erarbeitung einer kantonalen Strategie für den Tourismus
- Bericht „Wohnen in Appenzell I.Rh.“
- Erarbeitung eines Berichts zur kantonalen Familienpolitik mit möglichen Massnahmen für eine verstärkte Positionierung des Kantons als attraktiver Lebensraum für Familien

2 Bereitstellung zeitgemässer Infrastruktur unter Wahrung der finanziellen Stabilität

Kernanliegen

- Zeitgemässe Grundinfrastruktur im Kanton
- Zeitgemässe Infrastruktur für Verwaltung, Polizei, Gerichte und kantonale Betriebe
- Klärung Finanzierung zukünftige Investitionsprojekte
- Attraktives Steuerklima für Unternehmen und Private wahren

Herausforderungen Infrastruktur

Das bereits in den Perspektiven 2014-2017 enthaltene Ziel der Stärkung der Infrastruktur ist weiterzuverfolgen. Der Schwerpunkt in den nächsten Jahren liegt einerseits bei der Infrastruktur für die Verwaltung und die Gerichte, wo verschiedene Bauprojekte anstehen. Andererseits ist die wichtige Aufgabe des Erhalts und punktuellen Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur weiterzuführen. Beim Langsamverkehr auf dem Kantonsstrassennetz sind Lücken sukzessive zu schliessen. Für das nachgelagerte Strassennetz sind beim Langsamverkehr unterstützende Massnahmen zu prüfen.

Zu einer zukunftsfähigen Infrastruktur gehört aber auch eine gute Internetanbindung der Betriebe und Haushaltungen mit schnellen und leistungsfähigen Anschlüssen. Zwar wurden diesbezüglich in den letzten Jahren im Baugebiet gute Fortschritte erzielt. Die Erschliessung im Streusiedlungsgebiet ist im Vergleich dazu aber nach wie vor relativ schwach. Auch die dort lebende Bevölkerung und die landwirtschaftlichen Betriebe sollten aber mittelfristig über eine gute Anbindung ans Internet verfügen. Diesbezüglich ist aber auch die Entwicklung in der Mobilfunkübertragung im Auge zu behalten, die durchaus eine realistische Alternative zu physischen Breitbandanschlüssen sein könnte.

Hinsichtlich der kantonalen Hochbauvorhaben hat die Ständekommission im Bericht „Hochbauten - Bedürfnisse, Umsetzung und Finanzierung“ vom September 2016 aufgezeigt, wie sie bei der Infrastruktur für die Verwaltung und die Gerichte vorgehen möchte. Der Grosse Rat hat vom Bericht im Dezember 2016 Kenntnis genommen.

Gemäss diesem Bericht sollen auf dem Spitalareal das Ambulante Versorgungszentrum Plus, die Kantonspolizei und weitere Verwaltungseinheiten untergebracht werden. Für die Gerichte, das Landesarchiv, die Kantons- und Volksbibliothek sowie zusätzliche Büronutzungen soll am Standort alter Coop ein Neubau realisiert werden. Diese Projekte sollen in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Dies wird den Kanton im Bereich des Hochbaus sehr beanspruchen, zumal er zusätzlich ein neues Hallenbad baut.

Massnahmen

- Bau Hallenbad
- Bau Ambulantes Versorgungszentrum Plus
- Neue bauliche Lösung für Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft und weitere Nutzer
- Neuplatzierung der Gerichte, der Bibliotheken und des Landesarchivs
- Räumliche Entlastung in alter und neuer Kanzlei
- Perspektive für Nutzung Kapuzinerkloster entwickeln
- Klärung weiterer Baubedarf im Gymnasium

- Grössere Strassenprojekte: Ausbau Eggerstandenstrasse (Umfahrungsstrasse bis Einlenker Obere Hirschbergstrasse), Sanierung St.Antonstrasse (Landmark-Oberegg), Kreiselschmittenbach
- Realisierung behindertengerechter Haltestellen im öffentlichen Personenverkehr
- Zusammenarbeit Kanton und Bezirke im Strassenbereich stärken: Prüfung von Kooperationsfeldern
- Förderung Langsamverkehr auf dem Kantons- und Bezirksstrassennetz: Schliessen von Netzlücken, Behebung von Sicherheitsdefiziten

Herausforderungen stabile finanzielle Verhältnisse

Die Bautätigkeit wird für den Kanton nicht nur eine organisatorische Herausforderung sein, sondern ihn auch in finanzieller Hinsicht enorm beanspruchen. Die freie Liquidität von rund Fr. 70 Mio. könnte bei einer Abwicklung aller geplanten Investitionen voraussichtlich bereits gegen Ende der Perspektivenperiode verzehrt sein. Ergeben sich Verschiebungen, wird der Verzehr etwas später eintreten. Es ist aber absehbar, dass mit der Abwicklung der vorgesehenen Investitionen mittelfristig erhebliche finanzielle Lücken entstehen. Es wird daher in den nächsten Jahren eine der Herausforderungen sein, akzeptable Lösungen für die Gesamtfinanzierung und den Umgang mit den Fehlbeträgen zu finden. Hierfür ist ein Konzept für mögliche Finanzierungsformen zu erarbeiten, das auch neue Instrumente der Finanzierung umfassen kann, z.B. Finanzierungsformen mittels Public Private Partnership oder ein Beitritt zu einer öffentlichen Handelsplattform. Weiter sind auch steuerliche Massnahmen zu prüfen.

Nach der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III im Februar 2017 hat der Bundesrat beschlossen, eine neue Steuervorlage auszuarbeiten. Das Ziel der Vorlage bleibt weiterhin, die internationale Akzeptanz des Schweizer Steuersystems sicherzustellen, dessen Wettbewerbsfähigkeit zu stärken sowie die Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden zu sichern. Die steuerlichen Sonderregeln zu den Statusgesellschaften sollen abgeschafft werden. Für den Kanton wird es in der Umsetzung darauf ankommen, die steuerliche Attraktivität für natürliche und juristische Personen im Vergleich mit den umliegenden Kantonen zu erhalten. Dazu gehört auch die Erneuerung der Eigenmietwertbesteuerung.

Massnahmen

- Finanziellen Handlungsspielraum in Abhängigkeit zur geplanten Bautätigkeit sichern (je nach Entwicklung Fremdfinanzierung, Steueranpassungen etc.)
- Kantonale Umsetzung der Aufhebung von Sonderstati bei der Unternehmensbesteuerung, möglichst unter Wahrung der heutigen steuerlichen Attraktivität
- Erneuerung Eigenmietwertbesteuerung

3 Gewährleistung der örtlichen Kernversorgung in zentralen Bereichen

Kernanliegen

- Gesundheit und Alter: Wohnortnahe Grundversorgung
- Bildung: Umfassende Bildung als Vorbereitung auf Berufsbildung und Hochschulstudium
- Soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe für verletzte Bevölkerungsgruppen und Minderheiten stärken
- Sicherheit: Erhaltung des hohen Stands, unter Beibehaltung eines eigenen Polizeikorps

Die Kernbereiche der öffentlichen Grundversorgung sollen im Kanton abgedeckt werden, ergänzende Angebote werden unter grösstmöglicher Wahrung einer angemessenen Mitsprache mit Drittanbietern gesichert. Diese zentralen Bereiche umfassen namentlich die Gesundheitsversorgung, die Ausbildung und die Sicherheit.

Herausforderungen Gesundheit und Alter

Die Grundversorgung sollte möglichst weitgehend im Kanton selber abgedeckt werden. Dies gilt vor allem für den inneren Landesteil, wo sich mit einer zentralen Gesundheitseinrichtung eine gute Abdeckung erzielen lässt. Dieses Angebot soll die ärztliche Grundversorgung sowie einen Rettungsdienst und eine Notfallanlaufstelle umfassen. Ergänzende Gesundheitsleistungen werden je nach der Verfügbarkeit von Fachpersonal und Nachfrage der Bevölkerung angeboten. Die Zusammenarbeit der öffentlichen Alters- und Gesundheitsinstitutionen ist weiter zu intensivieren, mögliche Synergien sind nutzbar zu machen und der Wissenstransfer zwischen den Institutionen sicherzustellen. Weiter ist darauf zu achten, dass sich die Institutionen, ausgehend von den Bedürfnissen der Bevölkerung, stetig weiterentwickeln und sich auf dem Markt behaupten können. In diesem Zusammenhang ist auch die mittel- bis langfristige strategische Ausrichtung des Bürgerheims zu aktualisieren, aufgrund welcher allfällige bauliche Massnahmen geprüft werden sollen.

Das Bürgerheim, das Alters- und Pflegezentrum sowie das Spital sollen zu einem Gesundheitszentrum zusammengelegt und unter einem Dach geführt werden. Es ist ein solider Betrieb sicherzustellen. Das Betriebskonzept für das Gesundheitszentrum ist laufend zu überprüfen und konsequent umzusetzen. In finanzieller Hinsicht wird mit Ausnahme der gemeinwirtschaftlichen Leistungen (Rettungsdienst, Notfallstation, Ausbildungen etc.) eine Kostendeckung angestrebt.

Die Landsgemeinde 2018 wird über ein neues Gesetz für das Gesundheitszentrum und einen Baukredit für den Neubau eines Ambulanten Versorgungszentrums Plus abstimmen können. Im Anschluss daran wird die organisatorische und bauliche Umsetzung vorzunehmen sein.

Im Gesundheitswesen sind in den nächsten Jahren wichtige Neuerungen umzusetzen: Die integrierte Versorgung ist zu fördern und es sind Angebote im E-Health-Bereich, darunter das elektronische Patientendossier, zu koordinieren. Die Umsetzung soll unter Beachtung der hiesigen Verhältnisse und zeitgerecht vorgenommen werden. Im Übrigen soll die Gesundheitsversorgung im Kanton weiterhin durch Kooperationen abgerundet und durch eine sorgfältige Spital-, Pflege- sowie Altersplanung sichergestellt werden.

Aufgrund der Grösse des Bezirks Obereggen werden dort im Bereich der Gesundheitsversorgung deutlich mehr Drittleistungen anfallen als im inneren Landesteil. Die Altersversorgung

im Bezirk Oberegg soll mit einer Aufwertung des Altersheims Torfnest gezielt gestärkt werden. Die Langzeitpflege im Torfnest soll gesichert und die Institution als anerkanntes Pflegeheim geführt werden. Die hierfür erforderliche betriebliche Entwicklung soll sich nach den Bedürfnissen der zukünftigen Bewohner und Bewohnerinnen richten. In finanzieller Hinsicht ist ein kostendeckender Betrieb anzustreben. Gleichzeitig soll die heutige familiäre Atmosphäre im Heim erhalten bleiben.

Massnahmen

- Etablierung des Gesundheitszentrums
- Zertifizierung des neu formierten Rettungsdienstes
- Überarbeitung Angebotsstrategie für das Bürgerheim und allfällige bauliche Massnahmen
- Langzeitpflege im Altersheim Torfnest sichern und die Institution als anerkanntes Pflegeheim führen
- Regelung und Sicherstellung des ambulanten ärztlichen Notfalldienstes
- Konzept der integrierten Versorgung mit den verschiedenen Leistungserbringern erarbeiten und umsetzen

Herausforderungen Bildung

Die Schulen stehen vor der Herausforderung, unter Berücksichtigung stark schwankender Schülerzahlen einen effizienten und qualitativ hochstehenden Schulunterricht zu gewährleisten. Sie müssen sich aufgrund gesellschaftlicher und pädagogischer Ansprüche ständig weiterentwickeln.

In der Volksschule wird der Lehrplan Appenzell Innerrhoden eingeführt und umgesetzt. Die Einführung und Umsetzung wird 2022 mit einer Evaluation abgeschlossen werden.

Das Gymnasium St. Antonius ist für den Kanton von grosser Wichtigkeit, der Bestand dieser Schule ist ein Standortvorteil. Optimal auf die Schule angepasste, individuelle und ökonomisch vertretbare Organisationsformen sowie ein breites Fächerangebot sichern eine fundierte gymnasiale Ausbildung, welche den Maturanden weiterhin den Zugang zu allen Studienrichtungen ermöglicht.

Stärkung des Arbeits- und Fachkräftereservoirs: Die Arbeitsmarktfähigkeit der Einwohner und Einwohnerinnen ist qualitativ und quantitativ zu stärken. Den Innerrhoder Betrieben sollen genügend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Die Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat) ist am 1. März 2013 in Kraft getreten. Acht Kantone, darunter auch der Kanton Appenzell I.Rh., sind dem Konkordat noch nicht beigetreten. Für den Kanton ist es wichtig, dass die Auswirkungen des Konkordats auf die Gewährung von Ausbildungsbeiträgen unter Einbezug der Statistiken des Bundes jederzeit analysiert werden können. Es wird mindestens eine Gleichstellung von Innerrhoder Studierenden gegenüber solchen aus anderen Kantonen angestrebt.

Massnahmen

- Einführung und Umsetzung Lehrplan Appenzell Innerrhoden
- Etablierung der neuen Führungsorganisation des Gymnasiums
- Überprüfung und allfällige Anpassung des Schulmodells und Fächerangebots des Gymnasiums unter Beibehaltung der Stärken einer kleinen Schule
- Verstärkte Vernetzung aller am Übertritt in die Sekundarstufe I und Sekundarstufe II Beteiligten. Die Schüler und Schülerinnen der Primarschule sollen damit gemäss ihren Neigungen und Fähigkeiten in einem ausgewogenen Verhältnis über die Oberstufenschulen oder das Langzeitgymnasium auf die Berufswelt und ein Studium vorbereitet werden.
- Arbeits- und Fachkräftemangel angehen: Förderung flexibler Arbeitsmodelle, verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie (angemessenes Angebot von Kindertagesstätten und Mittagstischen, Ausdehnung schulischer Blockzeiten), Unterstützungsangebote für den Wiedereinstieg in den Beruf, Förderung von Nachqualifikationen, verbesserte Information und Kommunikation über die Ausbildungsangebote
- Schaffung eines Weiterbildungsangebots für Arbeitskräfte von Innerrhoder Unternehmungen - allenfalls unter Einbezug von personellen Ressourcen der Innerrhoder Lehrpersonen
- Überprüfung und Revision der Gesetzgebung für Ausbildungsbeiträge

Herausforderungen Sicherheit

Das Leben im Kanton Appenzell I.Rh. ist im Vergleich zu städtischen Gegenden ruhig und sicher. Dies soll so bleiben.

Sicherheit ist ein Produkt vieler Faktoren. Sie beinhaltet einerseits objektive Elemente, beispielsweise im Polizeibereich die Häufigkeit von Straffällen und die Aufklärungsrate sowie im sozialen Bereich die Ausgestaltung der Sozialversicherungen. Andererseits beruht sie aber auch stark auf subjektiven Elementen, etwa dem allgemeinen Vertrauen, das die Behörden und die öffentlichen Leistungen im allgemeinen Bewusstsein geniessen, oder wie sich die Bewohner und Bewohnerinnen im Kanton heimisch fühlen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben wollen und können.

Die bestehende soziale Sicherheit im Kanton ist bewusst zu wahren. Der erfolgreiche Übergang vom Vormundschaftswesen zum neuen Kindes- und Erwachsenenschutz ist fortzuführen. Die Koordination zwischen den Fachpersonen, die mit Kindern arbeiten, ist im Bereich des Kinderschutzes weiter zu stärken. Es ist weiterhin darauf zu achten, dass alle Kantons-einwohner und -einwohnerinnen bei Bedarf die erforderliche Unterstützung erhalten, damit sie sich in der Gesellschaft aufgehoben fühlen können. Für eher randständige Personen sind der Bedarf und die Möglichkeiten für eine bessere gesellschaftliche Einbindung und Beteiligung zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Eine besondere Stellung hinsichtlich der Sicherheit nimmt naturgemäss die Polizei ein. Die Standeskommission möchte die polizeilichen Leistungen im Kanton weiterhin mit einem eigenen Korps gewährleisten. In verschiedenen Bereichen der polizeilichen Arbeit können die sich stellenden Aufgaben aber mit einem Korps in der Grösse der Innerrhoder Kantonspolizei nicht eigenständig bewältigt werden. Dies trifft vor allem auf die Bereiche Polizeiiinformatik und Kriminaltechnik zu. Hier sind zur Sicherung einer qualitativ guten Polizeiarbeit Kooperationen mit ausserkantonalen Korps notwendig. Auch im Hinblick auf die zeitliche Abdeckung mit Dienstleistungen sind Kooperationen nötig, beispielsweise beim Nacht- und Wochenenddienst in der Notrufzentrale.

Massnahmen

- Grundauftrag mit eigenem Polizeikorps abwickeln, für Spezialbereiche Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen konsolidieren
- Überprüfung Polizeigesetz
- Prüfen der gesellschaftlichen Teilhabe und allfällige Schliessung von Lücken
- Schaffung einer niederschweligen Beratungsgruppe für den Kinderschutz

II. Departementsziele

Einleitung

Unter den Departementszielen werden wichtige Einzelvorhaben und -projekte aufgeführt, die nicht unmittelbar mit einem Leitziel zusammenhängen. Im Unterschied zu bisherigen Perspektiven wird auf dieser Ebene nicht mehr zwischen Departements- und Ämterzielen unterschieden. Die einzelnen Ziele und Massnahmen sind direkt dem jeweiligen Departement zugeordnet.

Landammannamt

1. Elektronische Dienstleistungen

Kernanliegen

Soweit sinnvoll und mit vernünftigem Aufwand machbar, sollen Kundenbedürfnisse im Verkehr mit dem Staat digital abgewickelt werden können.

Herausforderungen

In der heutigen digitalen Welt ist der Bedarf nach elektronischen Lösungen im Geschäftsverkehr gewachsen. Dies betrifft den privaten Konsum in gleicher Weise wie den Umgang mit der Verwaltung. Während aber im Privatbereich inzwischen in fast allen Bereichen einfache und effiziente Lösungen bestehen, ist das Angebot im öffentlichen Sektor noch relativ bescheiden. Wo dies mit vertretbarem Aufwand machbar ist, sollte das öffentliche Angebot in den nächsten Jahren weiter verbessert werden. Der Kanton sollte im Vergleich mit anderen Kantonen ein ähnliches Angebotsniveau haben.

Massnahmen

- Es wird ein Konzept erstellt, mit dem die mittelfristigen Ziele im Bereich des E-Governments zusammengestellt werden.
- Massnahmen, für die ein Bedarf besteht und die mit vernünftigem Aufwand realisiert werden können, sollen in Abstimmung mit dem bestehenden Angebot umgesetzt werden.

2. Elektronische Schriftgutverwaltung und Archivierung

Kernanliegen

Vorbereitung elektronische Dossierführung und Archivierung von Verwaltungsakten

Herausforderungen

Wie seit jeher gilt noch heute in der Verwaltung das Papierprimat. Die Aktenherstellung geschieht zwar weitgehend mit elektronischen Mitteln, für die Dossierführung ist aber weiterhin die Papierform massgeblich. Auch die Übergabe von Akten an das Landesarchiv geschieht mittels Papier. Mittelfristig sollte das Papierprimat durch eine elektronische Dossierführung und eine elektronische Archivierung abgelöst werden.

Mit der Einführung des Geschäftsverwaltungssystems OneGovGEVER wurde der Verwaltung eine strukturierte elektronische Ablage zur Verfügung gestellt. Um allerdings zu einer vollständig elektronischen Abwicklung der Geschäfte und zu einer elektronischen Archivierung zu gelangen, sind noch weitere Schritte nötig. Neben den selber produzierten elektronischen Dateien sind auch eingehende Akten, also beispielsweise Briefe, Rechtsschriften, Berichte und Gutachten zu scannen und in die elektronischen Geschäfte einzufügen. Für die Archivierung und Aussonderung sind zudem technische Lösungen und Schnittstellen für die im Kanton verwendeten Verwaltungsapplikationen einzurichten, aber auch die Prozesse und die verlangten Formate festzulegen. Weiter sind verschiedene Sonderfragen wie der Umgang mit unterschiftenechten Dokumenten zu klären. Die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten sollen in den nächsten Jahren angegangen werden.

Massnahmen

- Es wird ein Konzept für die Einführung von elektronischen Geschäftsdossiers und die elektronische Langzeitarchivierung erstellt.
- Die Umsetzung ist vorzubereiten.

Bau- und Umweltdepartement

1. Grundlagen für Gesamtverkehrsplanung erstellen

Kernanliegen

- Nachhaltige auf Siedlung abgestimmte Verkehrsinfrastruktur
- Kenntnisse über Verkehrsverteilung und -entwicklung
- Grundlage für Lärmschutzplanung

Herausforderungen

Eine angemessene, umweltverträgliche und finanzierbare Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur trägt zur Prosperität des Kantons bei. Damit langfristig und rechtzeitig ein den Bedürfnissen entsprechendes, ausreichendes Verkehrsnetz zur Verfügung steht, sind die Grundlagen für eine Gesamtverkehrsplanung zu erstellen. Es soll sichergestellt werden, dass das übergeordnete Netz den Mehrverkehr, der sich insbesondere aus der Siedlungsentwicklung ergibt, aufnehmen kann. Dabei soll eine Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr unterstützt werden. Ein besonderes Augenmerk soll der Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen sowie der Strassenraumgestaltung geschenkt werden.

Basis für Massnahmen sind gesicherte Kenntnisse über die aktuelle und künftige Verkehrsverteilung, differenziert nach Verkehrsträger. Auf der Grundlage solcher Kenntnisse kann eine Verkehrs- und Lärmschutzplanung mit einer erhöhten Verlässlichkeit angegangen werden.

Massnahmen

- Systematische Verkehrserhebung
- Prognose der Verkehrsentwicklung
- Einwohner- und beschäftigtenbasierte Verkehrsmodellierung des motorisierten Individualverkehrs
- Gesamtverkehrskonzept

2. Zustandserfassung der Verwaltungsgebäude

Kernanliegen

- Aktuelles Wissen über den Zustand der Verwaltungsgebäude soll jederzeit verfügbar sein.
- Es soll die Grundlage für eine systematische und finanziell optimierte Unterhaltsplanung geschaffen werden.

Herausforderungen

Der Kanton verfügt über diverse Verwaltungsgebäude unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichem Zustand. Der richtige Zeitpunkt für die Vornahme von Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten führt langfristig zu tieferen Unterhaltskosten. Bisher bestehen noch keine

verlässlichen Grundlagen, um die Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten systematisch planen und angehen zu können.

Massnahmen

- Sicherstellung der erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen
- Aufbau einer systematischen Dokumentation der Gebäude mit einer Zustandserfassung und einer Planung für kommende Unterhaltsarbeiten
- Führen eines aktuellen Investitionsplans für Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten

Erziehungsdepartement

1. Qualitätskonzept für das Gymnasium

Kernanliegen

Die Qualität des Unterrichts, aber auch die Organisation und die Dienstleitungen des Gymnasiums sollen periodisch überprüft und bei Bedarf verbessert werden.

Herausforderungen

Verschiedene, gut funktionierende Instrumente zur Qualitätssicherung und -verbesserung liegen bereits vor und werden eingesetzt. Diese müssen in einem Gesamtkonzept koordiniert und bei Bedarf erweitert werden.

Massnahmen

- Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts

2. Begleitung der Internatsschliessung

Kernanliegen

Der Stiftungsrat Internat Gymnasium St. Antonius hat die Schliessung des Internats auf das Ende des Schuljahrs 2019/20 beschlossen. Davon sind unter anderem auch die Küche und die Mensa betroffen, die bisher über die Stiftung geführt wurden. Es sind neue organisatorische Lösungen zu finden.

Den Schülern und Schülerinnen aus dem Bezirk Obereggen soll weiterhin eine gymnasiale Maturitätsausbildung im Kanton ermöglicht werden.

Herausforderungen

Das Internat führt die Mensa, welche auch von Mitarbeitenden des Gymnasiums und externen Schülern und Schülerinnen benutzt wird. Da die Mittagszeit für die Lernenden und Lehrpersonen zwischen den Unterrichtslektionen kurz ist, soll weiterhin eine vollwertige Verpflegungsmöglichkeit im Haus angeboten werden. Zudem soll diese Möglichkeit auch weiterhin den Schülern und Schülerinnen der Volksschule offen stehen.

Den Gymnasiasten und Gymnasiastinnen aus dem äusseren Landesteil steht das Internat nur noch bis zum Sommer 2020 zur Verfügung. Obschon sie gemäss dem Regionalen Schulabkommen der EDK-Ost die gymnasialen Mittelschulen in Trogen oder Heerbrugg kostenlos besuchen können, soll ihnen weiterhin der Besuch des Langzeitgymnasiums in Appenzell ermöglicht werden. Dazu muss entweder ein angemessener Schülertransport etabliert werden, oder es müssen geeignete private Unterbringungsmöglichkeiten in Appenzell und der näheren Umgebung angeboten werden.

Massnahmen

- Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für die Weiterführung der Mensa am Gymnasium
- Erarbeitung eines Konzepts für den Besuch des Gymnasiums Appenzell durch Oberegger Schüler und Schülerinnen

Finanzdepartement

1. Finanzreporting

Kernanliegen

Die Genauigkeit und Verlässlichkeit der Prognosen für die kurz- und mittelfristige Entwicklung des Staatshaushalts werden weiter verbessert. Für die Finanzplanung wird ein neues Reporting mit messbaren Rahmenbedingungen etabliert. Die Berichterstattung über den finanziellen Zustand und die Entwicklungen ist transparent und verständlich.

Herausforderungen

Für den Kanton ist es von hoher Bedeutung, dass er in der Finanzplanung über verlässliche Grundlagen und nachvollziehbare Rahmenbedingungen für die Entwicklung verfügt. Nur so kann eine stabile und nachhaltige Finanzpolitik betrieben werden. Eine wichtige Grundlage ist ein stetiges und enges Reporting nach im Voraus festgelegten Kriterien. Allerdings lässt sich der Zustand des Staatshaushalts auch mit genauen Indikatoren und Vergleichen nicht vollständig erfassen. Gerade aus der Kleinheit des Kantons ergeben sich regelmässig neue und überraschende Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch Nachteile. Zudem ist nicht zu verkennen, dass sich mit einer stetigen Beobachtung und Fassung von Daten nur ein Teil der Entwicklungsfaktoren abdecken lässt. Äussere Faktoren, beispielsweise die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, Wirtschaftskrisen etc., haben direkt oder indirekt einen grossen Einfluss auf den kantonalen Haushalt.

Massnahmen

- Einführung Reporting für Finanzplanung mit messbaren Rahmenbedingungen, welche sowohl für die Budgetierung als auch für den Finanzplanungsprozess gelten
- Quartalsweise Erstellung eines Reportings über Budgetabweichungen
- Ständiges Traktandum an der vierteljährlichen Departementssekretärenkonferenz
- Quartalstraktandum der Standeskommission, damit Abweichungen möglichst frühzeitig erkannt werden können, was bessere Reaktionsmöglichkeiten ermöglicht

2. Steigerung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber

Kernanliegen

Die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber ist zu erhalten und mit gezielten Massnahmen weiter zu stärken. Stellen sollen auch künftig mit gutem Personal besetzt werden können. Das Image des Kantons als guter und verlässlicher Arbeitgeber ist bewusst zu pflegen.

Herausforderungen

Heute sind im Kanton vor allem bei der Besetzung von Funktionen, in denen ein ausgetrockneter Arbeitskräftemarkt besteht, regelmässig erhebliche Schwierigkeiten festzustellen. In solchen Situationen ist es besonders wichtig, dass sich der Kanton als attraktiver Arbeitgeber präsentieren kann. Aber auch bei Funktionen, für die ein überregionaler Markt mit entsprechenden Wechsellmöglichkeiten besteht, beispielsweise für Polizisten, Pflegepersonal oder kaufmännische Angestellte, ist es wichtig, dass der Kanton konkurrenzfähige Arbeitsbedin-

gungen hat. Mit geeigneten Arbeitsmodellen soll die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie verbessert werden.

Massnahmen

- Verbesserung Ergonomie und Infrastruktur am Arbeitsplatz (Hubtische, Lichtquelle)
- Pausenräume mit Sitzgelegenheiten und Kochnische in den Hauptgebäuden der Verwaltung
- Gesundheitsförderung durch Sportangebote für Mitarbeitende

3. Datensicherheit

Kernanliegen

Die Sicherheit der Daten der kantonalen Verwaltung ist zu gewährleisten, gleichzeitig ist die Gefahr von Datenverlust und -missbrauch einzudämmen. Dies ist vor allem mit Blick auf die elektronischen Daten eine grosse Herausforderung. Es sind gezielte Schritte zu unternehmen, um die Datensicherheit weiterhin zu gewährleisten.

Herausforderungen

Informatikdaten sind im heutigen Umfeld ständigen Gefahren ausgesetzt. Einerseits gilt es permanent, Angriffen mittels Viren, Trojanern und Würmern vorzubeugen und im Ereignisfall rasch und wirksam zu begegnen. Andererseits haben Datenmissbräuche im Bankenbereich gezeigt, dass Gefahren in Sachen Datensicherheit nicht nur von aussen, sondern auch im Innenbereich bestehen können. Erschwerend kommt hinzu, dass die Frage der Datensicherheit wie kaum ein anderes Thema einer permanenten Entwicklung unterworfen ist. Was vor wenigen Jahren als sicher galt, kann schon heute veraltet und unbrauchbar sein. Das Thema der Datensicherheit soll daher vertiefend bearbeitet werden.

Zunächst sind hinsichtlich des Sicherheitsbedarfs Klassifizierungen vorzunehmen. Konkrete Massnahmen sind in ein langfristiges Konzept einzufügen. Die Massnahmen selber müssen so beschaffen sein, dass sie die gewünschte Sicherheit gewährleisten, die Effizienz in der täglichen Arbeit aber nicht beeinträchtigen.

Massnahmen

- Konzept für Klassifizierung der Daten erarbeiten
- Erarbeitung Sicherheitskonzept mit Massnahmen zur Umsetzung
- Einheitliche Rahmenbedingungen für die Amtsstellen festlegen

Gesundheits- und Sozialdepartement

1. Gesundheitsförderung

Kernanliegen

Die Gesundheit soll im Rahmen eines Schwerpunktthemas gefördert werden. Verschiedene Zielgruppen sollen adäquat angesprochen und sensibilisiert werden. Die zur Verfügung stehenden Gelder aus dem Alkoholzehntel, der Gesundheitsförderung Schweiz etc. sind möglichst effektiv einzusetzen. Mit einer verbesserten Gesundheitsförderung kann die Lebensqualität für die Bevölkerung verbessert werden.

Herausforderungen

Die Zielgruppen mit geeigneten Präventionsmassnahmen zu erreichen, wird in Zeiten der Informationsflut herausfordernd sein.

Massnahmen

- Die Kommission für Gesundheitsförderung legt aufgrund einer Bedarfsanalyse ein Schwerpunktthema fest und erarbeitet einen Massnahmenplan.

2. Seniorenwohngemeinschaft aufbauen und etablieren

Kernanliegen

Das Haus Homanner wird für eine Seniorengemeinschaft umgebaut. Damit entsteht für Senioren und Seniorinnen ein attraktives Angebot für gemeinschaftliches Wohnen. Mit dieser Wohnform kann die Lebensqualität der Bewohner und Bewohnerinnen gesteigert, und es wird ein Beitrag gegen die Vereinsamung geleistet. Die Wohngemeinschaft ist in aufzubauen und zu etablieren.

Herausforderungen

Das Zusammenleben von einzelnen Senioren und Seniorinnen, welche längere Zeit selbständig einen Haushalt führten.

Massnahmen

- Konzept der Wohngemeinschaft erstellen und umsetzen
- Externe Begleitung der Wohngruppe einrichten
- Wohnform in geeigneter Form der Öffentlichkeit präsentieren

3. Hausärztenachwuchs

Kernanliegen

Zur Sicherung der ambulanten Grundversorgung im Kanton ist es wichtig, dass auch künftig genügend Hausärzte und Hausärztinnen zur Verfügung stehen. Es sind Massnahmen zur Sicherung des Hausärztenachwuchses zu prüfen.

Herausforderungen

Die grössten Herausforderungen stellen sich in diesem Bereich in organisatorischer und finanzieller Hinsicht.

Massnahmen

- Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen prüfen
- Praktizierende Hausärzte und Hausärztinnen sowie das Spital in den Prozess einbinden

4. Rechtsgrundlagen für den Behindertenbereich

Kernanliegen

Die heutigen Grundlagen im Behindertenbereich vermögen nicht in allen Bereichen zu befriedigen. Es bestehen Lücken, die zu schliessen sind.

Herausforderungen

Es sollen Rechtsgrundlagen für alle Leistungserbringer erstellt werden, wobei insbesondere auf die Gleichbehandlung aller Leistungserbringer zu achten ist. Weiter sind zur Sicherung einer klaren Finanzierung die Grundlagen zu überprüfen und anzupassen.

Massnahmen

- Regelungsbedarf eruieren und allfällige Lücken schliessen

5. Unterbringungskapazitäten im Asyl- und Flüchtlingswesen

Kernanliegen

Die bedarfsgerechte Unterbringung von Asylanten und Asylantinnen sowie von Flüchtlingen ist zu gewährleisten. Die temporären Unterbringungsmöglichkeiten sind nach Möglichkeit zu ersetzen.

Herausforderungen

Für einzelne der heute genutzten Unterkünfte sind mittelfristig neue Lösungen zu suchen, zumal die Unterbringung von Flüchtlingen im Kapuzinerkloster wohl nur vorübergehend sein wird. Es ist preiswerter Wohnraum an geeigneten Standorten zu finden. Ein wichtiger Gesichtspunkt wird die Akzeptanz von Unterkünften in der Nachbarschaft sein.

Massnahmen

- Mögliche Standorte eruieren
- Verhandlungen mit Grundeigentümern und Grundeigentümerinnen führen

Justiz-, Polizei- und Militärdepartement

1. Einsatz- und Notrufzentrale

Kernanliegen

Die Kantonspolizei Appenzell I.Rh. verfügt über eine zeitgemässe, technisch auf dem neusten Stand ausgerüstete kantonale Einsatz- und Notrufzentrale.

Herausforderungen

Die Kantonspolizei betreibt eine eigene Einsatz- und Notrufzentrale. Aufgrund der Kleinheit des Polizeikorps kann die Zentrale aber schon heute nicht vollständig intern betrieben werden. Über Nacht und an den Wochenenden wird auf die Zentrale von Appenzell A.Rh. umgeschaltet.

Das für die Zentrale verwendete elektronische Programm muss demnächst ersetzt werden. Weil diese Umstellung alle Notrufzentralen in der Ostschweiz beschäftigt, ist die Idee einer regionalen Zentrale entstanden. Diese Möglichkeit gilt es nun im Verbund zu überprüfen.

Massnahmen

- Prüfen der Möglichkeiten für eine gemeinsame Zentrale oder für Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen

2. Personalbestand Kantonspolizei

Kernanliegen

Kantonspolizei ist durch Anpassung des Personalbestands für bestehende und zukünftige Aufgaben zu rüsten.

Herausforderungen

Bei Kündigungen besteht häufig das Problem, dass eine frisch ins Korps eintretende Person zuerst die Polizeiausbildung absolvieren muss. Dadurch entstehen regelmässig zeitliche Lücken zwischen 15 und 27 Monaten. Diese müssen durch das bestehende Korps abgedeckt werden, was zu Überstunden führt. Bei krankheits- oder unfallbedingten längeren Abwesenheiten von Korpsmitgliedern oder bei gehäuften interkantonalen Einsätzen ergeben sich ähnliche Konstellationen.

Massnahmen

- Instrumente zur Entschärfung der Problemstellung suchen

3. Eingliederung Eichamt ins Strassenverkehrsamt

Kernanliegen

Im Zusammenhang mit der Pensionierung des Leiters des Strassenverkehrsamts soll das Eichamt organisatorisch ins Strassenverkehrsamt integriert werden.

Herausforderungen

Die Zusammenführung der beiden Amtsstellen muss sorgfältig abgestimmt erfolgen, damit insbesondere der permanente Publikumsbetrieb des Strassenverkehrsamts in jeder Phase gewährleistet bleibt.

Massnahmen

- Externe Ausbildungen zum Eichmeister und Verkehrsexperten
- Parallele Einarbeitung in die Aufgaben der beiden Amtsstellen
- Überbrücken der externen Ausbildungsmodule mit geeigneten Stellvertretungen

4. Strukturen Bevölkerungsschutz

Kernanliegen

- Die Führungs- und Organisationsstrukturen beim Bevölkerungsschutz werden überprüft und angepasst.

Herausforderungen

Aufgrund verschiedener exogener Ursachen ist davon auszugehen, dass dem Bevölkerungsschutz in Zukunft eine gesteigerte Bedeutung zukommen wird. Als solche Ursachen sind in erster Linie der Klimawandel, demografische Entwicklungen oder die technologische Verletzlichkeit zu nennen. Mit einer Revision des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz wird namentlich das Leistungsspektrum des Zivilschutzes erweitert. Das revidierte Gesetz, aber auch der Spardruck in der öffentlichen Verwaltung zwingen zur Ressourcenoptimierung.

Zudem erfordert die Institutionalisierung in der Führung und Ausbildung der Bevölkerungsschutzpartner im Sicherheitsverbund eine verstärkte Zusammenarbeit. Spezialisten sollen konzentriert in Kompetenzzentren ausgebildet werden. Gewisse Einsatzmittel, beispielsweise solche für den Fall von atomaren, biologischen und chemischen Waffen, von Tierseuchen oder für die schwere Wasserwehr, müssen in interkantonalen Stützpunkten deponiert werden. Einheitliche Lagedarstellungen und gemeinsame interkantonale Übungen sind nötig. Dies und die Prüfung von Umsetzungsmöglichkeiten bedürfen einer vertieften und verstärkten Zusammenarbeit unter den beteiligten Kantonen.

Massnahmen

Die Organisationsstruktur im Kanton soll so aufgestellt sein, dass sie künftigen Herausforderungen gewachsen ist.

5. Revision Justizaufsicht

Kernanliegen

Die Aufsicht über die Justiz und die Staatsanwaltschaft wird überprüft.

Herausforderungen

Die Aufsicht über die Justiz und teilweise auch über die Staatsanwaltschaft ist im kantonalen Recht nur rudimentär geregelt. In der Praxis haben sich daher, wie im Übrigen auch beim Bund und in anderen Kantonen, verschiedene Fragen über die Zuständigkeit und die aufsichtsrechtlichen Befugnisse ergeben. Die Regelung soll daher neu gefasst werden.

Massnahmen

- Erarbeitung Neufassung der Aufsicht über die Justiz und die Staatsanwaltschaft

Land- und Forstwirtschaftsdepartement

1. Förderung des Einsatzes einheimischen Holzes

Kernanliegen

Einheimisches Holz soll besser genutzt werden. Der Kanton soll dies in seinen Bauvorhaben möglichst berücksichtigen.

Herausforderungen

Das Appenzellerland ist seit Jahrhunderten eine Hochburg der Zimmermanns- und Schreinerkunst. Begnadete Holzbauingenieure, von Grubenmann bis Blumer, haben schweizweit und international beachtete Bauwerke geschaffen. Dieses Wissen soll im Rahmen der anstehenden Hochbauprojekte des Kantons nach Möglichkeit genutzt werden.

Hinsichtlich des Energienutzungspotenzials wurde bereits in den Jahren 2012 und 2013 eine Studie erstellt, die dem Kanton ein gutes Potenzial attestierte. Mit einer besseren Holznutzung lässt sich auch ein konkreter kantonaler Beitrag zur Energiestrategie 2050 leisten.

Massnahmen

Bei anstehenden Hochbauprojekten wird die Verwendung von einheimischem Holz angestrebt. Der Kanton als öffentlicher Bauträger prüft, ob im Zusammenhang mit einem Hochbauprojekt eine Holzenergieanlage erstellt werden kann.

2. Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte

Kernanliegen

Die Appenzeller Landwirtschaft mit ihren Eigenheiten soll für Besucher und Besucherinnen sowie Touristen erlebbar gemacht werden. Der Absatz landwirtschaftlicher Produkte soll gefördert werden, wobei die Errichtung eines Erlebnisbetriebs oder eines Besucherzentrums zu prüfen ist.

Herausforderungen

Neben einem geeigneten Standort für einen überschaubaren Appenzeller Erlebnisbauernhof sind die notwendigen finanziellen Mittel und raumplanerische Fragen die grössten Herausforderungen. Gleiches gilt auch, wenn ein Vermarktungszentrum geschaffen und mit geeigneten Partnern betrieben werden soll.

Massnahmen

- Erarbeitung Detailkonzept für einen Erlebnisbetrieb oder ein Besucherzentrum
- Erstellung eines Vermarktungszentrums mit periodischen Veranstaltungen (z.B. Käsefestival, Authentica) unter Einbezug weiterer Partner prüfen
- Eingliederung landwirtschaftlicher Produkte in bestehende Marketingorganisationen anstreben

3. Förderung der Weiterentwicklung von Landwirtschaftsbetrieben

Kernanliegen

Die nachhaltige Weiterentwicklung von Landwirtschaftsbetrieben soll gefördert werden.

Herausforderungen

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft und die Entwicklungen in der Agrarpolitik drängen zu Änderungen. Die Landwirtschaftsbetriebe müssen sich den gewandelten Rahmenbedingungen anpassen. Sie müssen sich entwickeln. In dieser Situation des Umbruchs sollen Möglichkeiten für eine nachhaltige Weiterentwicklung der Landwirtschaftsbetriebe aufgezeigt werden.

Massnahmen

Es wird ein Landwirtschaftsmonitoring eingerichtet. Pro Jahr werden zwei Betriebe besucht, die sich über die Entwicklung, Betriebsorganisation, Betriebswirtschaft, Familie und Ziele äussern. Nach drei bis fünf Jahren wird der Stand der Entwicklung verglichen.

4. Förderung eines gut durchmischten Waldbestands

Kernanliegen

Die Durchmischung der Wälder mit einheimischen Hölzern soll gefördert werden.

Herausforderungen

Im Kanton sind wesentliche Teile der Wälder geprägt von dunklen Fichtenmonokulturen ohne Verjüngung und Bodenvegetation. Diese Bestände sind anfällig auf Schneedruck, Schneebruch, Borkenkäfer- und Schälsschäden sowie Windwurf.

Aufgrund des Klimawandels, grossflächigen Wildverbisses und invasiver Krankheiten sind zudem diverse Baumarten gefährdet. Im kantonalen Pflanzgarten sollen wenn möglich einheimische gefährdete Arten oder Ersatzarten gezogen und anschliessend standortgerecht ausgepflanzt werden. Der Pflanzgarten soll aber neben der Pflanzennachzucht auch als attraktiver Lehrgarten genutzt werden.

Zur Erhöhung der Bereitschaft für Veränderungen ist viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Da im Kanton viele verschiedene, vor allem private Waldbesitzer und Waldbesitzerinnen bestehen, müssen viele Personen überzeugt werden.

Massnahmen

Es werden waldbauliche Änderungen in Richtung stufiger Bestände mit einer guten Baumartenmischung unterstützt und vorgenommen. Im Pflanzgarten werden entsprechende Baumarten gezogen und vertrieben. Der Pflanzgarten dient als Lehrobjekt.

Volkswirtschaftsdepartement

1. Verbesserung der Grundlagen der Tourismusförderung

Kernanliegen

- Wertschöpfung Tourismus aufzeigen
- Beseitigung verschiedener Mängel im Tourismusförderungsgesetz
- Erhöhung Eigenfinanzierungsgrad des Vereins Appenzellerland Tourismus AI
- Abklärung Notwendigkeit von einzelbetrieblichen Förderungen in der Tourismusbranche

Herausforderungen

Die Tourismusdestination Appenzell steht in einem kompetitiven Wettbewerb mit anderen Destinationen im In- und Ausland. Zudem ist der Tourismus in verschiedenen Bereichen, so etwa beim Umwelt- oder Landschaftsschutz, mit unterschiedlichen Ansprüchen konfrontiert. Um die gute Ausgangslage auch in Zukunft zu behaupten, sind der gegenwärtige Stand der Hotelleriebranche zu analysieren und Massnahmen für die zukünftige Ausrichtung zu definieren. Zusätzlich ist der hohe Anteil des Tourismus an der kantonalen Wertschöpfung wissenschaftlich aufzuzeigen. Schliesslich weist das heutige Tourismusförderungsgesetz, mit dem die notwendigen finanziellen Mittel beschafft werden, verschiedene Mängel auf.

Massnahmen

- Revision Tourismusförderungsgesetz
- Erarbeitung Strategie Hotelleriebranche und Abklärung gesetzgeberischer Revisionsbedarf
- Erarbeitung Studie zum Anteil des Tourismus an der kantonalen Wertschöpfung

2. Aufbau Arbeitszonenmanagement

Kernanliegen

Auf Nachfrage soll Gewerbeland bereitgestellt werden können. Der Schwerpunkt soll bei der Mobilisierung von eingezontem Bauland für die gewerbliche Nutzung liegen.

Herausforderungen

Der Bedarf an eingezontem Gewerbe- und Industrieland übersteigt das verfügbare Angebot erheblich. Die fehlenden Überbaumöglichkeiten rühren weitgehend daher, dass eingezontes Bauland von Grundeigentümern und Grundeigentümerinnen gehortet wird oder teils am falschen Ort liegt. Dies führt zu Engpässen bei der Baulandentwicklung und hemmt oder verhindert sogar ein gesundes Wachstum der ansässigen Unternehmen. Ansiedlungen von auswärtigen Unternehmen mit erhöhtem Platzbedarf sind kaum möglich. Das innerkantonale Wertschöpfungspotential wird nicht ausgeschöpft.

Massnahmen

Gemeinsam mit dem Bau- und Umweltdepartement soll eine Informationsplattform zu Gewerbeland mit nutzungsplanerischer Aktivierung möglicher Areale und gezieltem Flächen- und Gebietsmanagement (Arbeitszonenmanagement) aufgebaut werden.

III. Anhang: Zielerreichung Perspektiven 2014-2017

Standeskommission

Wahrung der Eigenständigkeit

Hinsichtlich der Zentralisierungstendenzen auf der Bundesebene ist eine gewisse Beruhigung zu beobachten. In den vergangenen vier Jahren wurden nicht mehr so viele wesentliche Kantonsaufgaben zentralisiert als in den Vorjahren. Dies hängt zum Teil sicher damit zusammen, dass in den letzten Jahren etwas weniger Grossthemen aus dem Tätigkeitsgebiet der Kantone im Brennpunkt der Bundespolitik standen und für die grossen politischen Themen des Bundes, die Ausländerpolitik, die Wirtschaftspolitik, die Energiepolitik und die Altersvorsorge schon heute eine weitreichende Zuständigkeit des Bundes besteht. Die Diskussion um die zweite Fremdsprache in der Primarschule zeigt aber auch, dass sich die Kantone durchaus erfolgreich gegen Zentralisierungstendenzen wehren können. Allein der Umstand, dass der Bund die Frage aktiv angehen und bundesweit regeln wollte, zeigt aber auch, dass die Tendenz nach Vereinheitlichung nach wie vor besteht. Für den Kanton Appenzell I.Rh. bedeutet dies, dass man weiterhin darin fortfahren muss, solche Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen und sich gegebenenfalls weiterhin bewusst dagegen zu stellen.

Der Kanton ist aufgrund seiner Grösse nicht in der Lage, in allen Bereichen eigenständige Lösungen im Kanton zu pflegen. Er ist in vielen Bereichen auf die Zusammenarbeit mit anderen Körperschaften angewiesen. Hierbei ist darauf zu achten, dass Lösungen anvisiert werden, mit denen die Einflussmöglichkeiten des Kantons optimal gewahrt bleiben. Dies kann in der Regel am besten mit einer Mitträgerschaft an den entsprechenden Institutionen gewährleistet werden, wie dies für den Kanton Appenzell I.Rh. beim Kinderspital und bei der Fachhochschule St.Gallen der Fall ist. Während mit der Bereitstellung eines Kredits an den Neubau des Ostschweizer Kinderspitals die Mitträgerschaft wohl auf lange Sicht gesichert ist, bestehen seitens des Kantons St.Gallen politische Ideen, die Mitträgerschaft der Nachbarkantone an der Fachhochschule aufzuheben und die Schule künftig allein zu führen. Insgesamt wurde das Ziel der Wahrung von Eigenständigkeit in Bereichen, in denen alleine keine Lösung möglich ist, also teilweise erreicht, teilweise aber auch nicht.

Die Kultur im Kanton nimmt nach wie vor eine wichtige Stellung im gelebten Alltag ein. Das gesetzte Ziel wurde erreicht, auch wenn in der abgelaufenen Perspektivenperiode kantonsseitig keine besonderen Projekte realisiert wurden.

Zeitgemässe Infrastruktur und gute Erschliessung

In Sachen Infrastruktur wurden in den vergangenen Jahren wichtige Grundlagen geschaffen, die als Basis für künftige Infrastrukturentscheide dienen.

So wurde für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen. Die bisherige komplizierte Kofinanzierung von Kanton und Bezirken wurde wesentlich vereinfacht. Auf dieser Basis dürfte es künftig einfacher werden, Infrastrukturlösungen für den öffentlichen Verkehr zu finden.

Mit dem Bau der Durchmesserlinie der Appenzeller Bahnen wird ebenfalls nicht eine unmittelbare Verbesserung des Verkehrsangebots im Kanton herbeigeführt. Die Durchmesserlinie

bildet aber eine wichtige Voraussetzung für allfällige künftige Infrastrukturanpassungen zur unmittelbaren Verbesserung der Anbindung.

Im Bahnverkehr konnten Taktlücken geschlossen werden. Weniger erfolgreich waren die Bestrebungen, die Anbindung am Bahnknoten Gossau zu stärken. Die Bedeutung dieses Bahnknotens ist mit der Strategie des Bundes, primär die schnellen Verbindungen zwischen St.Gallen und Zürich zu fördern, eher gesunken. Die Umsteigezeiten in Gossau für Bahnreisende aus dem Appenzellerland und dorthin konnten nicht gesenkt werden. Eine Senkung lässt sich erst mit dem Fahrplan 2019 realisieren.

Im Strassenbereich wurde die übliche periodische Erneuerung einzelner Strassenabschnitte vorgenommen. Die Sicherheit des Langsamverkehrs sowie der Fussgänger und Fussgängerinnen wurde mit dem Bau zusätzlicher Geh- und Radwege entlang vielbefahrener Kantonsstrassen verbessert.

Die Übernahme der Enggenhüttenstrasse durch den Bund hat sich mit dem Nein des Stimmvolks zum Netzbeschluss verzögert. Nach dem Volksentscheid über den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) wird diese Übernahme nun aber folgen.

Nachdem das zusammen mit Appenzell A.Rh. lancierte Projekt für einen gemeinsamen Spitalverbund für das Appenzellerland 2014 gescheitert war, wurden die Arbeiten für eine eigenständige Versorgungslösung im Kanton wieder forciert. Aufgrund verschiedener Abklärungen sind die Standeskommission und der Spitalrat dazu gekommen, anstelle des heutigen Spitals ein ambulantes Versorgungszentrum, ergänzt mit einem kleinen stationären Bereich, das sogenannte Ambulante Versorgungszentrum Plus, zu realisieren. Für die Versorgung des inneren Landesteils soll ein Gesundheitszentrum in Appenzell geschaffen werden. Dieses umfasst als Kernstück das Ambulante Versorgungszentrum Plus, das Bürgerheim und das Alters- und Pflegezentrum.

Das neue Alters- und Pflegezentrum wurde 2016 eröffnet. Mit ihm konnte das Pflege- und Betreuungsangebot weiter verbessert werden. Die Institution bietet nun eine zeitgemässe Pflege mit einer Demenzabteilung und einer Pflegeoase an. Der Neubau konnte im Rahmen des Budgets und erfolgreich realisiert werden.

Die bauliche Vorbereitung für das Ambulante Versorgungszentrum Plus läuft. Über ein neues Gesetz für das Gesundheitszentrum wird die Landsgemeinde 2018 abstimmen können.

Der für den inneren Landesteil wichtige Rettungsdienst wurde auf eine neue Basis gestellt. Der Fahrdienst wird neu nicht mehr durch die Polizei durchgeführt, sondern durch ausgebildete Rettungsfahrer und Rettungsfahrerinnen. Die Rettungsbasis am Spital wurde personell gestärkt. Mit der Neuausrichtung ist ein wichtiger Schritt für den langfristigen Erhalt des Rettungstützpunkts Appenzell gemacht worden.

Damit sind im Gesundheitsbereich die wesentlichen Grundlagen gelegt, auf denen in der nächsten Perspektivenperiode fortgefahren werden kann.

Ein zweites wichtiges Infrastrukturprojekt des Kantons war der Bau eines zweiten Serverraums und eines Archivs beim Zeughaus. Mit dem neuen Serverraum und seinen Installationen lassen sich nun mögliche Ausfälle im Hauptserverraum wirksam auffangen. Mit ihm ist die Sicherheit der Datenhaltung und der lückenlosen Datenverarbeitung deutlich gestiegen.

Der Stand der Schulen im Kanton ist durchwegs gut. Das Angebot an der Volksschule ist gut. Die Umsetzung des Lehrplans 21 läuft. Eine Initiative, mit welcher dieser Prozess gebremst hätte werden sollen, wurde an der Landsgemeinde 2016 wuchtig verworfen.

Nach einer turbulenten Zeit ist im Betrieb des Gymnasiums wieder Ruhe eingekehrt. Die Schulentwicklung läuft in geordneten Bahnen.

Beim Projekt für die Erstellung neuer Sportanlagen konnten in den letzten Jahren entscheidende Weichen gestellt werden. Nachdem zunächst die Bezirke einen Baurechtsvertrag für die Nutzung der Liegenschaft Schaies vorbereitet haben, wurde das Projekt zusammen mit dem Kanton weiter vorangetrieben. Im Sinne einer Aufgabenentflechtung sind die Bezirke des inneren Landesteils und der Kanton im Herbst 2015 übereingekommen, dass die Bezirke die Planung für die Sportstätten auf der Liegenschaft Schaies übernehmen, während der Kanton das Hallenbadprojekt übernimmt. Dem Kredit für Schaies haben die Bezirksgemeinden 2016 zugestimmt, dem Hallenbadkredit die Landsgemeinde 2017.

Die Breitbanderschliessung des Kantons hat in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht. Weite Teile der Baugebiete sind inzwischen mit schnellen Internetverbindungen versorgt. Nicht mit Breitband erschlossen ist weiterhin der grösste Teil des Streusiedlungsgebiets. Dort lassen sich allerdings voraussichtlich mittelfristig auch drahtlose Übertragungsmöglichkeiten mit grosser Leistungsfähigkeit einrichten, sodass in diesen Gebieten mit Ausnahme von besonderen Fällen vorderhand kein aufwendiger Leitungsneu- oder -ausbau nötig erscheint.

Vermeidung von Schulden trotz erhöhter Investitionen

Von den in der letzten Perspektivenperiode geplanten Bauvorhaben konnten das Archiv beim Zeughaus und der Neubau des Alters- und Pflegezentrums realisiert werden, beide erfolgreich und innerhalb der Budgetrahmen. Beim Hallenbad ergab sich mit der Rückweisung des Kreditantrags an der Landsgemeinde 2015 eine Verzögerung. Nach dem Beschluss der Landsgemeinde 2017 kann das Bad nun gebaut werden.

Für die anstehenden Neuplatzierungen verschiedener Verwaltungseinheiten wurden ebenfalls Planungsgrundlagen geschaffen. Die Kantonspolizei, die Staatsanwaltschaft und weitere sicherheitssensible Amtsstellen sollen auf dem Spitalareal platziert werden. Für die Gerichte, das Landesarchiv und die Bibliotheken ist zusammen mit weiteren Amtsstellen ein Neubau auf dem Grundstück des alten Coops geplant.

Nach wie vor offen ist demgegenüber die künftige Nutzung des Kapuzinerklosters. Vorderhand soll die provisorische Platzierung von Flüchtlingen fortgeführt werden.

2018 soll die Landsgemeinde über einen Kredit für den Bau eines Ambulanten Versorgungszentrums Plus auf dem Spitalareal entscheiden.

Auf der Steuerseite war zu Beginn der Perspektivenperiode nicht auszuschliessen, dass andere Kantone ihre Steuern anheben, sodass für Appenzell I.Rh. diesbezüglich Handlungsoptionen entstanden wären. Solche Änderungen wurden indessen nicht vorgenommen. Die Steuerfüsse und -sätze des Kantons Appenzell I.Rh. blieben unverändert.

Vorderhand ist das für die Jahre 2014-2017 gesetzte Ziel der Schuldenfreiheit erreicht worden. Weil deutlich weniger Bauprojekte abgewickelt werden konnten als geplant, nahm das Eigenkapital sogar zu. Werden aber in den nächsten Jahren alle Hochbauvorhaben wie vorgesehen realisiert, wird der Kanton voraussichtlich Fremdkapital aufnehmen müssen.

Gute Wohn- und Arbeitsbedingungen im Kanton

Das Ziel, verbesserte Wohnmöglichkeiten für Leute mit tieferen Einkommen zu schaffen, das heisst den Bau einfacherer Wohnungen zu forcieren, konnte nicht erreicht werden. Immerhin konnten aber auch in diesem Bereich die Grundlagen verbessert werden. Mit dem Kaufrecht der Bezirke im Falle von während längerer Zeit unüberbaut gebliebenem Bauland sollte die Erhältlichkeit von Boden gesteigert werden, was sich positiv auf die Bodenpreise auswirken dürfte. Die Auswirkungen werden aber voraussichtlich nicht sofort einsetzen, sondern erst mit der Zeit.

Als wichtiges Instrument zur Analyse der Wohnbausituation wurde ein Monitoring eingeführt, mit dem weg- und zuziehende Personen über die Wohnsituation und die diesbezügliche Bedeutung für den Weg- oder Zuzugsentscheid befragt werden. Die Ergebnisse aus diesem Monitoring bilden eine gute Grundlage für allfällige Steuerungsmassnahmen.

Im Sinne eines aktiven Eintretens für eine Verbesserung der Wohnmöglichkeiten hat sich der Kanton im Hoferbad ein grösseres Stück Land im Baurecht sichern können, auf dem in den nächsten Jahren günstiger Wohnraum entstehen soll.

Nach wie vor unbefriedigend ist die Lage auch beim verfügbaren Land für das Gewerbe. Eine gewisse Entlastung sollte sich hier ebenfalls ergeben, wenn es gelingt, die Baulandmobilisierung zu erhöhen. Eine wichtige Grundlage dafür wurde mit der Verankerung eines öffentlich-rechtlichen Kaufsrechts im Baugesetz gelegt.

Sehr erfreulich hat sich die Zahl der Beschäftigten im Kanton entwickelt. Die Zuwachsrate ist deutlich höher als in den Nachbarkantonen.

Die Landwirtschaft befindet sich seit einigen Jahren in einem Umfeld, welches geprägt ist durch eine ständige Anpassung der agrarpolitischen Instrumente sowie einem verstärkten Kostendruck und sinkenden Produktpreisen. Die Förderung und Begleitung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe wurde mit diversen Massnahmen unterstützt. Einerseits wurden verschiedene kantonsspezifische Projekte im Rahmen der Neuausrichtung des Direktzahlungssystems eingeführt. Andererseits konnte mit der Lancierung des Projekts zur regionalen Entwicklung (PRE) mit verschiedenen Teilprojekten, wie z.B. „Marke Appenzell“, „Nischenprodukte“ oder „Maschinenring“, ein wichtiger Schritt bezüglich einer besseren Wertschöpfung in der Landwirtschaft erzielt werden.

Mit der Reorganisation des Amts für Berufsbildung und Berufsberatung konnte die Berufs- und Laufbahnberatung weiter gestärkt werden. Mit dazu beigetragen haben unter anderem das neu eingerichtete Berufsinformationszentrum BIZ und die zusammen mit weiteren Kantonen entwickelte BIZ-App. Neu werden auch die Lehrkräfte der Oberstufe Obereggen im Bereich des Berufswahlunterrichts von Appenzell aus optimal unterstützt und begleitet. In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Integration war die Berufsberatung eng involviert in die Lancierung der Arbeits-Integrations-Brücke AIB Appenzell I.Rh. Dieses innovative interinstitutionelle Projekt konnte innerhalb von kurzer Zeit bemerkenswerte Erfolge vorweisen.

Die Personalerlasse des Kantons wurden revidiert. Gestärkt wurden vor allem die Aus- und Weiterbildung. Weil dem Kanton als grossem Arbeitgeber im Kanton eine gewisse Vorreiterposition zukommt, ist davon auszugehen, dass damit indirekt auch für das weitere Arbeitsumfeld ein positiver Akzent gesetzt werden konnte.

Der Familienbericht konnte noch nicht erstellt werden. Dies soll aber in der nächsten Perspektivenperiode gemacht werden.

Unabdingbare Grundlage für gute Lebensbedingungen ist ein intakter Lebensraum. Der Kanton hat mit der neuen Baugesetzgebung einen wichtigen Schritt zur Erhaltung der Landschaft und zur vermehrten Respektierung der hiesigen Baukultur gemacht. 2015 wurde das Innerrhoder Streusiedlungsgebiet als „Landschaft des Jahres“ ausgezeichnet. In der Begründung für die Vergabe dieses Preises wurde verschiedentlich auf die stärkende und unterstützende Wirkung des neuen Baugesetzes hingewiesen.

Landammannamt

Ziel	Zielerreichung	Gründe für nicht vollständige Zielerreichung	allfällige Korrekturen / Massnahmen für Zukunft
Mit gezielten Publikationen und Veranstaltungen der Kantonsbibliothek und des Landesarchivs soll ein Beitrag zur Identitätsstiftung geleistet werden.	erreicht		
Aufbau einer gemeinsamen Bibliothek im inneren Landesteil	nicht erreicht	Ein Projekt für die Umnutzung des Kapuzinerklosters für die Innerrhoder Bibliotheken, das Landesarchiv und weitere Nutzer wurde Ende 2013 gestoppt. Für die Platzierung der Bibliotheken und des Landesarchivs zusammen mit den Gerichten auf der Liegenschaft des alten Coops laufen Abklärungen. Auf einen Einbezug der Gymnasialbibliothek wird wegen der örtlichen Distanz verzichtet. Das Gymnasium braucht eine Bibliothek, die als Arbeitsort rasch und unkompliziert erreichbar ist und auch für kurze Zeit genutzt werden kann.	Fortführung des Bauprojekts auf der Liegenschaft des alten Coops.
Es ist eine Lösung des Raumproblems von Landesarchiv und Kantonsbibliothek zu finden.	nicht erreicht	Gleiche Gründe wie beim Aufbau einer gemeinsamen Bibliothek.	Fortführung des Bauprojekts auf der Liegenschaft des alten Coops.
Die elektronische Ablage ist verwaltungsintern auf eine neue Basis zu stellen.	erreicht		
Es sind punktuelle Verbesserungen der E-Government-Angebote anzustreben.	teilweise erreicht	Mit der neuen Website des Kantons wurde der Zugang zu den E-Government-Angeboten verbessert. Es wurden zusätzliche PDF-Formulare erfasst. Insgesamt wäre aber da und dort noch eine zusätzliche Verbesserung wünschbar gewesen.	Die Anstrengungen sind fortzuführen.

Bau- und Umweltdepartement

Ziel	Zielerreichung	Gründe für nicht vollständige Zielerreichung	allfällige Korrekturen / Massnahmen für Zukunft
Die gesetzlich geforderten Leistungen in den Bereichen Raumplanung, Umweltschutz und Bau werden in Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und von Kosten-Nutzen-Betrachtungen erbracht.	erreicht		
Sicherstellung eines funktionstüchtigen Strassennetzes, der erforderlichen Entsorgungsstruktur für Abwasser und Abfall und der öffentlichen Gebäude (Verwaltung, Bildung und Gesundheit).	erreicht		
Vor einem Neu- oder Ausbau der Infrastruktur ist nach Möglichkeit die Nutzung der bestehenden Infrastruktur zu optimieren. Wo Neubauten nötig werden, gilt es Synergien mit anderen Infrastrukturanlagen zu nutzen.	erreicht		
Das benötigte Bauland für Wohn- und Arbeitszwecke soll an geeigneter Lage zur Verfügung stehen. Mittels Baulandmobilisierung soll die Verfügbarkeit von solchem Land gefördert werden.	erreicht		
Das Raumdefizit am Verwaltungsstandort „Altes Zeughaus“ für Archivraum und Arbeitsplätze wird behoben.	erreicht		
Es ist eine optimale Abstimmung des Prozesses für Baugesuche zwischen der neuen zentralen Baubewilligungsbehörde und dem Bau- und Umweltdepartement anzustreben.	erreicht		
Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung ist sicherzustellen.	erreicht		
Ziel soll die Gewährung von Rechtssicherheit im Bereich der Energieversorgung sein.	erreicht		
Sicherstellung des Strassenunterhalts	erreicht		
Schutz der Bevölkerung und erheblicher Sachwerte vor Hochwasser	erreicht		
Sicherstellung einer funktionierenden Siedlungsentwässerung (Abwasserwerke und Kanalisationen)	erreicht		
Sicherstellung einer funktionsfähigen und wirtschaftlichen Abfallentsorgung mit entsprechenden Abfallanlagen	erreicht		
Festlegung des in der Gewässerschutzgesetzgebung geforderten Gewässerraums	teilweise erreicht	Die gesetzlichen Grundlagen sind gelegt. Die eigentliche Umsetzung folgt in den nächsten Jahren.	

Die gepflegte Besatzwirtschaft wird in Beachtung der Naturverlaichung optimiert. Der Lebensraum im und am Bach, die Vernetzung der Fliessgewässer und der Fangertrag werden verbessert.	teilweise erreicht	Die Massnahmen wurden ergriffen. Die erhoffte Wirkung betreffend Fangertrag ist in den Fliessgewässern ausgeblieben.	
Jagd: Artgerechte Lebensräume stehen für die einheimische wildlebende Fauna zur Verfügung. Die Wildbestände werden nachhaltig genutzt. Die Artenvielfalt bleibt erhalten. Der Interessenskonflikt zwischen Wald- und Wildnutzung wird entschärft.	teilweise erreicht	Das Konzept und der Massnahmenplan Wald und Hirsch sind erarbeitet, aber noch nicht umgesetzt.	
Qualitäts-, kosten- und zeitgerechte Bereitstellung und Bewirtschaftung der baulichen Infrastruktur, welche für die Aufgabenerfüllung der kantonalen Verwaltung notwendig ist.	teilweise erfüllt	Die Reihenfolge der Realisierung wird im Rahmen der politischen Debatte bestimmt. Die Umnutzung des Kapuzinerklosters ist noch pendent.	
Der Kanton fördert die effiziente und rationelle Energienutzung sowie erneuerbare Energien.	erreicht		

Erziehungsdepartement

Ziel	Zielerreichung	Gründe für nicht vollständige Zielerreichung	allfällige Korrekturen / Massnahmen für Zukunft
Die Lehrpläne der Volksschule bleiben weiterhin auf die Bedürfnisse des Kantons Appenzell I.Rh. abgestimmt. Sie ermöglichen eine problemlose vertikale Mobilität (Zugang zur beruflichen Bildung und zur Mittelschulbildung) und behindern die horizontale Mobilität (Orts- und Kantonswechsel) nicht. Harmonisierungsbestrebungen im Bildungswesen werden mit Blick auf dieses Ziel mit Bedacht und zurückhaltend angegangen.	erreicht		
Der Kanton führt ein eigenständiges und attraktives Langzeitgymnasium als Kantonsschule, welches zum Ziel hat, junge Menschen an die Hochschulreife der verschiedenen Studienrichtungen zu führen.	erreicht		
Die Räumlichkeiten und die Infrastruktur am Gymnasium Appenzell entsprechen dem Standard der heutigen Zeit. Dem Gymnasium Appenzell stehen Räumlichkeiten zur Verfügung, welche die voraussehbare Anzahl Lernenden in Klassen von rund 25 Schülern und Schülerinnen aufnehmen können.	teilweise erreicht	Der zweite Teil der Sanierung des Gymnasiums wurde nach Abschluss des ersten Teils bewusst gestoppt, bis sich die Verhältnisse für den Weiterbau geklärt haben.	Aufnahme zweiter Teil der Sanierung.
Die Kosten im Bildungswesen sind auf einem vernünftigen Mass zu halten.	erreicht		
Die Schulgemeinden betreiben Schulen, in welchen die Schüler und Schülerinnen gute Voraussetzungen vorfinden, die sozialen und schulischen Anforderungen erfüllen zu können. Jedes Dorf hat eine eigene Schule oder strebt bei zu kleinen Schülerzahlen eine Kooperation mit einer anderen Schulgemeinde an.	erreicht		
Es soll den Schülern und Schülerinnen in fachlicher und sozialer Hinsicht jenes Rüstzeug mitgegeben werden, welches sie befähigt, in Lehre bzw. Mittelschule und Berufsleben zu bestehen und für sich, die Familie und die grössere Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. Von grosser Bedeutung sind Infrastrukturen und Lehrmaterial in guter Qualität. Ausschlaggebend sind zudem fachlich gut ausgebildete und menschlich vorbildliche Lehrpersonen, denen die besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung gelten muss. Den fort- und weiterbildungswilligen Personen sollen Bildungsgänge an ausserkantonalen Institutionen im Rahmen von	erreicht		

interkantonalen Vereinbarungen angemessen zur Verfügung stehen.			
Die Volksschule im Kanton Appenzell I.Rh. bietet den Schülern und Schülerinnen eine gute Basis für den Lern- und Berufserfolg. Ziel ist es, diese Basis zu festigen und die Qualität langfristig zu gewährleisten. Motivierete Lehrpersonen, zeitgemässe kantonale Unterstützungsangebote und gezielte Anforderungen an den Unterricht sind hierbei von grosser Bedeutung.	erreicht		
Sonderschüler und Sonderschülerinnen erhalten zu akzeptablen Bedingungen eine möglichst auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Betreuung und Bildung.	erreicht		
Die Leistungen des Schulpsychologischen Dienstes sind auf dem gegenwärtigen Stand zu halten.	erreicht		
Der Kanton stellt den Schulgemeinden die Dienstleistung einer Schulsozialarbeit zur Verfügung.	erreicht		
Die Heilpädagogische Früherziehung muss nebst den Kindern insbesondere auch die Eltern und Kindergärtnerinnen rasch, kompetent und zielgerichtet unterstützen.	erreicht		
Erziehungsbehörden, Arbeitsmarktbehörden, Migrationsbehörden und Sozialbehörden arbeiten bezüglich der Angebote zusammen und entwickeln eine gemeinsame Strategie zur Verbesserung der Effektivität des Gesamtsystems (interinstitutionelle Zusammenarbeit).	erreicht		
Die Lehrkräfte der Oberstufen werden im Bereich des Berufswahlunterrichts optimal unterstützt und begleitet.	erreicht		
Anpassung der geltenden kantonalen Gesetzgebung an das Bundesrecht bezüglich der Ausbildungsbeiträge	nicht erreicht	Der Prozess für die Revision der Gesetzgebung wurde gestartet.	Ziel: Abstimmung über das revidierte Gesetz über Ausbildungsbeiträge an der Landsgemeinde 2019
Überprüfung der geltenden Gesetzgebung im Sportbereich und der Verteilung sowie Verwendung der Swisslos-Sportfonds-Gewinnanteile	nicht erreicht	Infolge der Neubesetzung der Leitung des Sportamts und der Stipendienstellen konnte dieses Ziel nicht prioritär verfolgt werden.	
Der Kanton treibt die Planung und Realisierung von Sportstätten, deren Notwendigkeit ausgewiesen ist, in Zusammenarbeit mit den Bezirken und Sportvereinen voran.	erreicht		

Die Umnutzung des durch einen Wegzug des Landesarchivs und der Kantonsbibliothek frei werdenden Raums durch das Museum Appenzell oder andere Institutionen und Ämter ist zu planen.	nicht erreicht	Der Planungsprozess für den Neubau des Landesarchivs und der Kantonsbibliothek wurde in Angriff genommen.	
Bewahrung und Pflege der spezifisch innerrhodischen Volkskultur	teilweise erreicht	Ist eine Daueraufgabe, die sich nicht in einer Perspektivenperiode erledigen lässt.	Anstrengungen fortführen
Das Gymnasium Appenzell verfügt über ein umfassendes, der Schule entsprechendes Konzept der Qualitätsentwicklung. Dieses wird schrittweise umgesetzt.	nicht erreicht	In Anbetracht des notwendig gewordenen Projekts Führungs- und Strategieentwicklung konnte nur das bestehende Qualitätsmanagement weitergeführt werden.	Das Gymnasium definiert für die Qualitätssicherung drei Ebenen (individuell, schulisch, kantonal) und arbeitet gemäss dem bestehenden Gesamtkonzept.
Das Gymnasium vollzieht die Verkleinerung der Schule von drei auf zwei Klassen pro Jahrgang ohne Einbusse der Bildungsqualität. Die zwei Jahrgangsklassen sind unter Gewährleistung der nötigen Wahlangebote nach Maturitätsanerkennungsreglement möglichst zu füllen, idealerweise mit mindestens 20 Schülern und Schülerinnen pro Klasse.	erreicht		
Ein attraktives Freifachangebot ist als wesentlicher Beitrag zur Bildungsqualität und Profilstärkung des Gymnasiums aufrechtzuerhalten.	erreicht		

Finanzdepartement

Ziel	Zielerreichung	Gründe für nicht vollständige Zielerreichung	allfällige Korrekturen / Massnahmen für Zukunft
Wahrung der politischen Eigenständigkeit unter Beachtung einer bedarfsgerechten Ausschöpfung des Ressourcenpotentials	erreicht		
Grundlagen für finanzpolitische Entscheide verbessern	erreicht		
Pflege eines attraktiven Steuerklimas und Förderung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber	erreicht		
Etablierung einer unabhängigen internen Kontrollinstanz	erreicht		
Die allgemeine Steuerbelastung ist moderat auszugestalten. Angemessene Verteilung der Mehrbelastung zwischen natürlichen und juristischen Personen.	erreicht		
Bestehende Schätzungsrückstände sind abzubauen.	erreicht		
Weiterbildungsangebot konzeptionell aufarbeiten	erreicht		
Attraktivität der kantonalen Verwaltung als Arbeitgeber steigern	teilweise erreicht	Das Anliegen, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, ist eine Daueraufgabe, die nicht in einer Perspektivenperiode abgeschlossen werden kann. Mit der Revision des Personalrechts besteht nun eine zeitgemässe arbeitsrechtliche Basis. Insbesondere bei der Weiter- und Fortbildung konnte das Angebot markant verbessert werden.	Als Nächstes stehen Anpassungen beim Lohnwesen und bei der Personalentwicklung an.
Termingerechte Bereitstellung von IT-Services in guter Qualität. Gute Gestaltung der Informatik und der Informatik-Arbeitsprozesse.	erreicht		
Erfolgreicher Wechsel auf neue Buchhaltungssoftware. Erfolgreiche Nachfolgeregelung in Landesbuchhaltung.	erreicht		

Gesundheits- und Sozialdepartement

Ziel	Zielerreichung	Gründe für (nicht) vollständige Zielerreichung	allfällige Korrekturen / Massnahmen für Zukunft
Sicherstellung des Zugangs der Innerrhoder Bevölkerung zu qualitativ guten ambulanten und stationären Gesundheitsdienstleistungen inner- und ausserhalb der Kantonsgrenzen.	erreicht		
Sicherstellung ausreichender und qualitativ guter ambulanter und stationärer Leistungen der Altersversorgung zugunsten eines attraktiven Lebensabends für die einheimische Bevölkerung.	teilweise erreicht	Es handelt sich um eine Daueraufgabe, die zwar erfüllt, aber nie erledigt werden kann. <ul style="list-style-type: none"> - Pflegeheimliste wurde auf den 1. Juni 2016 aktualisiert - Bürgerheim und Alters- und Pflegezentrum stehen unter gemeinsamer Führung - Heimaufsicht wurde noch nicht gestärkt - Projekt Liegenschaft Homanner wird umgesetzt 	Stärkung und Neuorganisation der kantonalen Heimaufsicht
Verstärkte Positionierung des Kantons als attraktiven Lebensraum für Familien durch eine angemessene und kohärente Familienpolitik.	nicht erreicht	Ein Bericht zur kantonalen Familienpolitik liegt nicht vor.	Ist noch zu erstellen
Sicherstellung der zeitgemässen Erfüllung der Aufgaben im Bereich Gesundheitsversorgung und -polizei	teilweise erreicht	<ul style="list-style-type: none"> - Schlanker und korrekter Vollzug der Prämienverbilligungen - Der Kanton hat Konzept im Bereich Palliative Care erarbeitet. - Controlling und Statistik werden laufend optimiert. - Die Revision der kantonalen Erlasse im Bereich der Gesundheitsberufe ist noch in Bearbeitung. Die Ausführungsbestimmungen des eidgenössischen Medizinalberufegesetzes stehen zum Teil noch aus. 	Anstrengungen fortführen
Förderung des Erhalts der Gesundheit der Gesamtbevölkerung oder bestimmter Zielgruppen	erreicht		
Zielgerichteter und effizienter Einsatz kantonaler Bedarfsleistungen im Rahmen bürgernah gestalteter Prozesse und Förderung der Integration durch berufliche Eingliederung	erreicht		
Sicherstellung von genügenden und zweckmässigen Unterkünften und einer angemessenen Betreuung für die dem Kanton zugewiesenen Asylsuchenden	erreicht		
Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts gemäss den gesetzlichen Vorgaben und zeitgerechte Überführung der vorbestehenden Massnahmen ins neue Recht	erreicht		

Justiz-, Polizei- und Militärdepartement

Ziel	Zielerreichung	Gründe für nicht vollständige Zielerreichung	allfällige Korrekturen / Massnahmen für Zukunft
Erarbeitung der Grundlagen für die Parkplatzbewirtschaftung im Dorf Appenzell	erreicht		
Umsetzung des kantonalen Integrationsprogramms	erreicht		
Gewährleistung einer guten Dienstleistungsqualität	erreicht		
Möglichst bürgerfreundliche Umsetzung der zahlreichen neuen Ausführungsverordnungen zum Strassenverkehrsgesetz	erreicht		
Etablierung der neuen Führung in den beiden Zivilschutzorganisationen Appenzell und Oberegg-Reute sowie Einführung des neuen Zivilschutzmaterials und des neuen Zivilschutz-Software-Programms „OM“	erreicht		
Profitieren von der geplanten Sicherheitsverbandsübung	erreicht		
Optimierung der Raumverhältnisse der Gerichte	nicht erreicht	Am Standort des alten Coops soll ein Neubau für die Gerichte und weitere Nutzer erstellt werden. Die Kreditvorlage soll der Landsgemeinde 2019 vorgelegt werden.	Fortführung des Bauprojekts auf der Liegenschaft des alten Coops
Wegzug des Eichwesens aus dem Organisationsbereich der Feuer-schaugemeinde und Neueingliederung in das Strassenverkehrsamt	erreicht		
Sicherung guter Raumverhältnisse für die Kantonspolizei	nicht erreicht	Für die Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft und weitere Abteilungen wurde ein neuer Standort auf dem Spitalareal definiert. Mit einem Umzug ist in den Jahren 2022-2024 zu rechnen, da zuerst ein neues Spital bewilligt und erstellt werden muss.	Projekt fortführen

Land- und Forstwirtschaftsdepartement

Ziel	Zielerreichung	Gründe für nicht vollständige Zielerreichung	allfällige Korrekturen / Massnahmen für Zukunft
Eigenständigkeit der landwirtschaftlichen Familienbetriebe fördern und landwirtschaftlichen Strukturwandel begleiten	erreicht		
Massnahmen zur Vorbereitung und Begleitung der Landwirte im neuen agrarpolitischen Umfeld	erreicht		
Optimale Voraussetzungen für den Absatz der Produkte der Urproduktion schaffen	teilweise erreicht	Für Direktvermarktung und für Gewerbe wurde die Marke „öserix“ lanciert.	Weiterführung der Marketingmassnahmen im Rahmen des PRE nötig
Weiterführung und Unterstützung der historisch gewachsenen bäuerlichen Kultur	teilweise erreicht	Die Schafschau wurde letztmals 2015 durchgeführt, per 2016 eingestellt. Bereich Alping von Milchkühen müsste überdacht werden.	Ziegen- und Grossviehschau noch attraktiver machen. Im Bereich Alping kantonale Unterstützung prüfen.
Überprüfung der Notwendigkeit von Neuerschliessungen durch Waldwege im Schutzwaldgebiet	teilweise erreicht	Kapazitätsgründe, Prioritäten mussten anders gesetzt werden.	Im Weissbachtal soll die Erschliessung geprüft werden (südlicher Kronberg)
Die Sanierung von Wohnhäusern soll durch Anpassungen des Gesetzes über die Unterstützung von Wohnbausanierungen erleichtert werden.	teilweise erreicht	Einkommens- und Vermögensgrenzen sind zu tief angesetzt. Es gibt wenige Personen, welche die Kriterien erfüllen können.	Kriterien sind zu prüfen oder Abschaffung der Massnahme zu diskutieren.
Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe trotz Forderung nach Betriebsvergrösserung	erreicht		
Gewährleistung eines gut funktionierenden Departements im Nachgang zur Umorganisation 2013	erreicht		
Zusammenarbeit mit anderen Departementen suchen und institutionalisieren	teilweise erreicht	Im Bereich Bodenschutz wurde noch wenig gemacht.	Pilotprojekt zur Ressource Boden startet 2017.
Förderung der produzierenden Familienbetriebe	teilweise erreicht	Absatzförderung im Rahmen des PRE läuft, muss aber noch verstärkt werden.	Weiterführung nötig
Förderung einer flächendeckenden Bewirtschaftung im Sömmerungsgebiet	teilweise erreicht	Projekt Alpkonzept Meglisalp ist erarbeitet, stösst bei Bewirtschaftern noch auf Skepsis, benötigt Zeit	Weiterführen
Förderung und Ausarbeitung von Projekten zur regionalen Entwicklung (PRE).	teilweise erreicht	Umsetzung gestartet	Weiterführung nötig
Anwendung eines Risikomanagements für die landwirtschaftliche Investitionskreditkasse	teilweise erreicht	Ratingtool wird von swissmelio noch erweitert; Einsatz folgt	Weiterführung nötig

Umsetzung, Weiterführung und Weiterentwicklung der Waldplanung	nicht erreicht	Kapazitätsgründe	Weiterführung nötig
Ausscheidung schälgefährdeter Jungwaldbestände	teilweise erreicht	Projekt Wald-Hirsch lanciert, ist in Bearbeitung	Weiterführung nötig
Umsetzung der Ergebnisse der Studie zum Energieholzpotenzial in Appenzell A.Rh. und Appenzell I.Rh. Das im Kanton anfallende Energieholzpotenzial soll auch im Kanton genutzt werden können. Die Wertschöpfung soll im Kanton bleiben.	nicht erreicht	Bisher kein Projektträger, der sich für Nutzung des Energieholzpotentials interessiert	Projektträger suchen
Die Beratung soll bei der Überprüfung der tiergerechten Bauweise im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens weiterhin im Vordergrund stehen.	erreicht		
Sicherstellung der Nachführung der amtlichen Vermessung in zeitlicher, finanzieller und personeller Hinsicht	erreicht		
Sicherstellung und Weiterausbau des kantonalen GIS für Benutzer und Benutzerinnen sowie Anwender und Anwenderinnen. Vorbereitung der Einführung des Katasters für öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen (ÖREB)	teilweise erreicht	Im Rahmen der Diskussionen im Nachbarkanton St.Gallen sind noch Anstrengungen für eine weitere gemeinsame Lösung nötig.	Weiterführung nötig

Volkswirtschaftsdepartement

Ziel	Zielerreichung	Gründe für nicht vollständige Zielerreichung	allfällige Korrekturen / Massnahmen für Zukunft
Der zunehmenden Bedeutung des öffentlichen Verkehrs ist mit einer angemessenen Angebotsverbesserung Rechnung zu tragen.	erreicht		
Nachhaltige Investitionstätigkeit, die den Besonderheiten des Kantons Rechnung trägt und den Spielraum für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht.	teilweise erreicht	Mangelnde Verfügbarkeit von Bauland. Einheimische tätigen ihre Investitionen mehrheitlich im Kanton, teilweise aber auch auswärts. Investitionen von Auswärtigen fehlen weitgehend.	Verfügbarmachen und Sicherstellung von Bauland für Unternehmen. Etablierung eines Arbeitszonenmanagements
Weitere Verbesserung des Angebots an Arbeitsplätzen. Beibehaltung und Ausbau des Hotel- und Gastronomieangebots und Initiierung einer Kuhmilch verarbeitenden Käserei.	teilweise erreicht	Beschäftigtenwachstum höher als Bevölkerungswachstum. Nicht initiiert werden konnten auch ein Ausbau des Hotelangebots und die Initiierung einer Kuhmilch verarbeitenden Käserei.	Ressourcen für Einzelprojekte (Hotels, Käserei etc.) definieren und bereitstellen. Prüfung, ob die einzelbetriebliche Förderung von Hotellerie ermöglicht werden soll (gesetzliche Grundlage).
Das Departement präsentiert sich als Dienstleister mit grossem Kundennutzen, kurzen Entscheidungswegen, klaren Zuständigkeiten und Abläufen. Es vermittelt gezielte Impulse für die Entwicklung des Kantons.	erreicht		
Arbeitsinspektorat: Beratender Partner der Unternehmen vor allem in den nachfolgenden Bereichen: - Arbeitssicherheit (Gesundheitsschutz, Umsetzung des Arbeitsgesetzes etc.) - Entsendewesen (Flankierende Massnahmen zum Schutz der einheimischen Arbeitsplätze) - Schwarzarbeit Klare Verstösse werden geahndet.	erreicht		
Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV): Die Arbeitslosenquote soll über gezielte Anstrengungen weiterhin möglichst tief gehalten werden.	erreicht		
Handelsregisteramt: Dienststellenqualität erhalten	erreicht		
Stiftungsaufsicht: Etablierung als Kompetenzzentrum	erreicht		

Erbschaftsamt: Kompetente Anlaufstelle bei Erbschaftsfragen, einschliesslich Beurkundung von Ehe- und Erbverträgen sowie letztwillige Verfügungen	erreicht		
Öffentlicher Verkehr: Im Leistungs- und Fahrplanangebot werden punktuelle Verbesserungen angegangen. Die Bemühungen für eine optimale Anbindung des Regionalverkehrs an den Fernverkehr werden fortgesetzt. Die Vorarbeiten für eine mittelfristige Fahrzeitverkürzung auf der Linie Appenzell-St.Gallen werden angegangen.	teilweise erreicht	Taktlücken wurden geschlossen. Anbindungen an Fernverkehr werden verbessert, Umsetzung benötigt Zeit.	Ziel bleibt bestehen für Verbesserung Infrastruktur (Fahrzeitverkürzung Appenzell-St.Gallen) und Anbindung an Fernverkehr
Betreibungs- und Konkursamt: Als dienstleistungsorientierte Amtsstelle, die ihre Aufgaben korrekt und innert angemessener Frist erledigt, nimmt das Betreibungs- und Konkursamt ihre mitunter schwierige Aufgabe im Interesse der Rechtssicherheit bürgerfreundlich wahr.	erreicht		
Grundbuchamt: Einführung des Eidgenössischen Grundbuchs auf elektronischer Basis im Bezirk Appenzell. Revision des V. Abschnitts (Sachenrecht) des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch sowie der Verordnung über das Grundbuch. Aufarbeitung und Reduktion der Arbeitsrückstände.	teilweise erreicht	Seit Ende 2011 ist die Arbeitsstelle für die Grundbucheinführung vakant. Allen Bemühungen zum Trotz konnte sie bisher nicht wiederbesetzt werden. Dadurch konnten die gesteckten Ziele nicht erreicht werden. Pendenzen im Zusammenhang mit Strassenprojekten wurden stark abgebaut.	Ziel bleibt bestehen und soll mit den vorhandenen personellen Ressourcen in kleinen Schritten erreicht werden.